Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5268

28. 05. 76

Sachgebiet 2129

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu den Übereinkommen vom 15. Februar 1972 und 29. Dezember 1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen durch Schiffe und Luftfahrzeuge

A. Zielsetzung

Die Übereinkommen regeln für die Region Nordostatlantik (Oslo-Übereinkommen vom 15. Februar 1972) und weltweit (London-Übereinkommen vom 29. Dezember 1972) die Kontrolle der Meeresverschmutzung durch Abfälle, die von Schiffen und Luftfahrzeugen ins Meer eingebracht oder eingeleitet werden. Der Entwurf eines Vertragsgesetzes verfolgt den Zweck, die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Ratifikation der Übereinkommen zu schaffen und innerstaatliche Vorschriften zu ihrer Ausführung zu erlassen. Die Ratifikation gehört zu den Maßnahmen, die die Bundesregierung in ihrem Umweltprogramm als vordringlich bezeichnet hat.

B. Lösung

Da sich die Übereinkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedarf ihre Ratifikation der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes. Der Entwurf schlägt vor, den bereits in Kraft getretenen Übereinkommen zuzustimmen. Die Übereinkommen sind unter maßgeblicher Mitwirkung der Bundesregierung zustande gekommen und enthalten eine ihrer Auffassung nach angemessene Regelung der Einbringung und Einleitung von Abfällen und anderen Stoffen in die Hohe See und das Küstenmeer.

Für die Einbringung und Einleitung von Stoffen in das Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland sind bereits einschlägige innerstaatliche Vorschriften in Kraft. Deshalb schlägt der Ent-

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56,
5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (02221) 363551

wurf vor, den Geltungsbereich der zu erlassenden innerstaatlichen Vorschriften zur Ausführung der Übereinkommen auf die Hohe See zu beschränken. Wesentlicher Inhalt der vorgeschlagenen Vorschriften ist das Verbot der Einbringung oder Einleitung bestimmter, in den Anlagen der Übereinkommen aufgeführter Stoffe und die Einführung einer Erlaubnispflicht für die Einbringung oder Einleitung aller übrigen Stoffe.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Die Ausführung der Übereinkommen erfordert zusätzlichen Verwaltungsaufwand des Bundes, der durch die Erhebung von Kosten nicht völlig ausgeglichen werden kann. Darüber hinaus entstehen Kosten durch die Mitarbeit in zwischenstaatlichen Einrichtungen, die zur Ausführung der Übereinkommen geschaffen worden sind oder mit entsprechenden Aufgaben betraut werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (33) — 235 31 — We 3/76

Bonn, den 28. Mai 1976

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu den Übereinkommen vom 15. Februar 1972 und 29. Dezember 1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen durch Schiffe und Luftfahrzeuge mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut der Übereinkommen in englischer, französischer und deutscher Sprache sowie die Denkschrift zu den Übereinkommen sind gleichfalls beigefügt.

Federführend sind gemeinsam der Bundesminister für Verkehr und der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 432. Sitzung am 12. März 1976 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Gegenäußerung (Anlage 3) dargelegt.

Schmidt



Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zu den Übereinkommen vom 15. Februar 1972 und 29. Dezember 1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen durch Schiffe und Luftfahrzeuge

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden Übereinkommen wird zugestimmt:

1. Dem in Oslo am 15. Februar 1972 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge;
2. dem in London am 22. Januar 1973, in Moskau am 23. Januar 1973, in Washington am 26. Januar 1973 und in Mexiko am 4. April 1973 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 29. Dezember 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen.

Die Übereinkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Das Einbringen und Einleiten von Stoffen in die Hohe See

1. durch ein Schiff oder Luftfahrzeug, das berechtigt ist, die Bundesflagge oder das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen,
2. durch ein Schiff oder Luftfahrzeug, das im Geltungsbereich dieses Gesetzes beladen worden ist,
3. durch eine feste oder schwimmende Plattform oder Vorrichtung, die zur Erforschung und Ausbeutung der Vorkommen des Festlandsockels der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt wird,

bedarf der Erlaubnis, soweit sich nicht aus den Vorschriften dieses Gesetzes und den nach Artikel 7 Abs. 2 Nr. 1 erlassenen Rechtsverordnungen etwas anderes ergibt.

(2) Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn

1. Stoffe eingebracht oder eingeleitet werden sollen, die nicht ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand an Land beseitigt werden können,
2. durch das Einbringen oder Einleiten keine nachteilige Veränderung der Beschaffenheit des Meerwassers zu besorgen ist, die die menschliche Gesundheit gefährdet, die lebenden Bestände sowie die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres schädigt, die Erholungsmöglichkeiten beeinträchtigt oder sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeres behindert und die nicht durch Bedingungen oder Auflagen verhütet oder ausgeglichen werden kann.

(3) Eine nachteilige Veränderung der Beschaffenheit des Meerwassers im Sinne des Absatzes 2 Nr. 2 ist insbesondere dann zu besorgen, wenn Stoffe eingebracht oder eingeleitet werden sollen, die in den Anlagen I der in Artikel 1 genannten Übereinkommen in der jeweils verbindlichen Fassung aufgeführt sind.

(4) Sofern zwingende öffentliche Interessen für das Einbringen oder Einleiten von Stoffen in die Hohe See sprechen, darf die Erlaubnis auch für solche Stoffe erteilt werden, die ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit oder ohne unverhältnismäßig hohen Aufwand an Land beseitigt werden können oder durch deren Einbringung oder Einleitung eine nachteilige Veränderung der Beschaffenheit des Meerwassers im Sinne des Absatzes 2 Nr. 2 zu besorgen ist.

Artikel 3

Artikel 2 findet keine Anwendung, wenn in einer Notlage Stoffe in die Hohe See eingebracht oder eingeleitet werden, um eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Personen oder die Sicherheit eines Schiffes, Luftfahrzeuges oder einer Anlage im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 3 abzuwenden. Der Führer des Schiffes oder Luftfahrzeuges oder die für die Sicherheit der Anlage verantwortliche Person hat das Einbringen oder Einleiten unverzüglich unter Angabe der näheren Umstände und der Art und Menge der eingebrachten oder eingeleiteten Stoffe dem Deutschen Hydrographischen Institut zu melden.

Artikel 4

Schiffe oder Luftfahrzeuge im Sinne dieses Gesetzes sind neben Wasserfahrzeugen oder Luftfahrtgerät jeder Art auch Luftkissenfahrzeuge und schwimmendes Gerät mit oder ohne Eigenantrieb.

Artikel 5

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten auch für die Vernichtung oder Beseitigung von Abfällen in Verbrennungsanlagen auf der Hohen See. Sie gelten nicht für das Einbringen und Einleiten von Stoffen und Gegenständen, das mit dem normalen, nicht auf die Einbringung und Einleitung von Stoffen und Ge-

genständen gerichteten Betrieb von Schiffen, Luftfahrzeugen oder Anlagen oder ihrer Ausrüstung zusammenhängt oder davon herrührt, und für Schiffe und Luftfahrzeuge der Bundeswehr.

Artikel 6

(1) Für die Entscheidung über die Erteilung von Erlaubnissen nach Artikel 2 ist das Deutsche Hydrographische Institut zuständig. Es holt vor der Entscheidung eine Stellungnahme des Umweltbundesamtes ein, das feststellt, ob die Voraussetzungen des Artikels 2 Abs. 2 Nr. 1 vorliegen. Das Deutsche Hydrographische Institut kann die zur Durchführung der ihm nach Satz 1 übertragenen Aufgaben erforderlichen Maßnahmen treffen und ihre Einhaltung überwachen.

(2) Verwaltungsakte zur Durchführung dieses Gesetzes oder der auf Grund des Artikels 7 Abs. 2 Nr. 1 erlassenen Vorschriften werden nach dem Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz und dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes vollzogen. Unmittelbarer Zwang wird von den Vollzugsbeamten der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes mit strom- und schiffahrtpolizeilichen Befugnissen und den Vollzugsbeamten des Bundesgrenzschutzes angewandt; der Bundesminister für Verkehr und der Bundesminister des Innern regeln durch Vereinbarung das Zusammenwirken der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung und des Bundesgrenzschutzes.

(3) Der § 8 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschiffahrt gilt entsprechend. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(4) Für Amtshandlungen auf Grund dieses Gesetzes oder der auf Artikel 7 Abs. 2 Nr. 1 beruhenden Rechtsverordnungen werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben.

Artikel 7

(1) Der Bundesminister für Verkehr wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern und dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung Änderungen

1. der Anlagen des in Artikel 1 Nr. 1 genannten Übereinkommens nach dessen Artikel 18 Abs. 2,
2. der Anlagen des in Artikel 1 Nr. 2 genannten Übereinkommens nach dessen Artikel XV Abs. 2,

die sich im Rahmen der Ziele der Übereinkommen halten, durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.

(2) Der Bundesminister für Verkehr wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern und dem Bundesminister für Wirtschaft
   a) zur Durchführung des Artikels 19 Abs. 1 des in Artikel 1 Nr. 1 genannten Übereinkommens und des Artikels III Abs. 1 des in Artikel 1 Nr. 2 genannten Übereinkommens zu bestimmen, daß das Einbringen bestimmter Stoffe in die Hohe See keiner Erlaubnis bedarf,
   b) in den Fällen des Buchstabens a zu bestimmen, daß das Einbringen dem Deutschen Hydrographischen Institut anzuzeigen ist,
   c) zur Durchführung der Anlagen der in Artikel 1 genannten Übereinkommen festzulegen, unter welchen Voraussetzungen bestimmte Stoffe in die Hohe See eingebracht oder eingeleitet werden dürfen,
   d) das Verfahren bei der Durchführung dieses Gesetzes zu regeln, insbesondere Vorschriften über die Antragsunterlagen, die Form der Erlaubnis und die Anerkennung ausländischer Erlaubnisse zu erlassen,
   e) zu bestimmen, daß Nachweise über die Durchführung von Einbringungsvorhaben zu führen sind;
2. im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen für die einzelnen Amtshandlungen die gebührenpflichtigen Tatbestände näher zu bestimmen und dabei feste Sätze oder Rahmensätze vorzusehen. Die Gebühren für jede Amtshandlung dürfen zwanzigtausend Deutsche Mark nicht übersteigen.

Artikel 8

(1) Wer unbefugt die Hohe See verunreinigt oder sonst deren Eigenschaften nachteilig verändert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe.

(3) Handelt der Täter in den Fällen des Absatzes 1 fahrlässig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.

(4) Der Versuch ist in den Fällen des Absatzes 2 strafbar.

Artikel 9

(1) Wer durch eine in Artikel 8 Abs. 1 bezeichnete Handlung das Leben oder die Gesundheit eines anderen oder eine fremde Sache von bedeutendem Wert gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Wer in den Fällen des Absatzes 1

1. die Gefahr fahrlässig verursacht oder
2. fahrlässig handelt und die Gefahr fahrlässig verursacht,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Artikel 10

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 2 Abs. 1 Stoffe ohne Erlaubnis in die Hohe See einbringt oder einleitet,

2. entgegen Artikel 3 Satz 2 das Einbringen oder Einleiten von Stoffen nicht meldet oder
3. einer Rechtsverordnung nach Artikel 7 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b oder e oder einer auf Grund einer solchen Rechtsverordnung ergangenen vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

Artikel 11

Die in Artikel 6 Abs. 2 bezeichneten Vollzugsbeamten des Bundes haben auf der Hohen See bei der Erforschung von Zuwiderhandlungen nach den Artikeln 8 bis 10 die Rechte und Pflichten der Polizeibeamten nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten. Sie sind insoweit Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft.

Artikel 12

Dieses Gesetz berührt nicht

1. das Atomgesetz vom 23. Dezember 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 814), zuletzt geändert durch § 13 Abs. 6 des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter vom 6. August 1975 (Bundesgesetzblatt I S. 2121);
2. das Gesetz vom 21. März 1956 über das Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954 (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 379), zuletzt geändert durch Artikel 279 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 469, 626);
3. das Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschiffahrt vom 24. Mai 1965 (Bundesgesetzbl. II S. 833), zuletzt geändert durch § 13 Abs. 1 des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter vom 6. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2121).

Artikel 13

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 14

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der Artikel 2 bis 12 am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Die Artikel 2 bis 12 treten an dem Tage in Kraft, an dem eines der beiden in Artikel 1 genannten Übereinkommen als erstes für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Die Ratifikationsurkunden sollen nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach Verkündung dieses Gesetzes hinterlegt werden.

(2) Die Tage, an denen das Übereinkommen vom 15. Februar 1972 nach seinem Artikel 23 und das Übereinkommen vom 29. Dezember 1972 nach seinem Artikel XIX für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf die Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Wesentlicher Inhalt der Übereinkommen ist die von den Vertragsparteien übernommene Verpflichtung, das Einbringen und Einleiten von Stoffen in das Meer einem staatlichen Genehmigungsvorbehalt zu unterwerfen und für bestimmte Stoffe völlig zu verbieten. Einschlägige innerstaatliche Bestimmungen sind bisher nur für die Küstengewässer der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Für den Bereich der Hohen See reicht die in Artikel 2 des Gesetzes vom 21. September 1972 zu dem Übereinkommen vom 29. April 1958 über die Hohe See (Bundesgesetzbl. II S. 1089) enthaltene Rechtsverordnungsermächtigung zur Erfüllung der mit den Übereinkommen von Oslo und London übernommenen Verpflichtungen nicht völlig aus.

Absatz 1 führt daher eine den Übereinkommen angepaßte Genehmigungspflicht für das Einbringen und Einleiten von Stoffen in die Hohe See durch Schiffe und Luftfahrzeuge ein. Hierdurch wird die sofortige Aufnahme der staatlichen Kontrolltätigkeit mit Inkrafttreten dieses Artikels ermöglicht und zugleich die andernfalls erforderliche Anpassung der genannten Rechtsverordnungsermächtigung entbehrlich. Die Erlaubnispflicht erstreckt sich auch auf den Fall, daß das Schiff oder Luftfahrzeug selbst im Meer versenkt werden soll.

Absatz 2 bindet das Ermessen bei der Entscheidung über Einbringungsanträge. Hierbei geht Nr. 1 über die sich aus den Übereinkommen ergebenden Verpflichtungen noch hinaus, indem es den Grundsatz aufstellt, daß Abfälle nach Möglichkeit an Land beseitigt werden sollen. Nr. 2 enthält eine Aufzählung der sich aus der Zielsetzung der Übereinkommen ergebenden Versagungsgründe.

Absatz 3 konkretisiert die in Absatz 2 Nr. 2 aufgezählten Versagungsgründe durch Verweisung auf die Verbotslisten der Übereinkommen, beschränkt sie damit jedoch nicht auf die Einbringung oder Einleitung von Stoffen der Verbotslisten.

Absatz 4 sieht entsprechend Artikel 9 des in Artikel 1 Nr. 1 genannten Übereinkommens und Artikel V Absatz 2 des in Artikel 1 Nr. 2 genannten Übereinkommens vor, daß in Ausnahmefällen abweichend von Absatz 2 auch die Erlaubnis zum Einbringen oder Einleiten von Stoffen, die in den Verbotslisten der Übereinkommen aufgeführt sind, erteilt werden darf. Zugleich schränkt die Vorschrift den in Absatz 2 Nr. 1 aufgestellten Grundsatz ein.

Zu Artikel 3

In Übereinstimmung mit den Übereinkommen entbindet Artikel 3 von der Erlaubnispflicht des Artikels 2 in bestimmten Notlagen und schafft gleichzeitig eine Meldepflicht zur Erfassung derartiger ungenehmigter Einbringungen und Einleitungen durch die staatlichen und zwischenstaatlichen Stellen. Das für die Entgegennahme und Weitergabe der Meldungen zuständige Deutsche Hydrographische Institut unterrichtet sonstige beteiligte Stellen, z. B. die Bundesforschungsanstalt für Fischerei und die für das Küstenmeer zuständigen Landesbehörden.

Zu Artikel 4

Artikel 4 erweitert in Anlehnung an die Übereinkommen die Begriffe des Schiffes und Luftfahrzeuges.

Zu Artikel 5

Artikel 5 stellt klar, daß dieses Gesetz auch auf das Einbringen und Einleiten von Stoffen ins Meer durch Vernichtung oder Beseitigung in Verbrennungsanlagen, die auf Hoher See betrieben werden, Anwendung findet, also insbesondere der Betrieb derartiger Anlagen erlaubnispflichtig ist. Gleichzeitig nimmt die Vorschrift das mit dem Betrieb von Schiffen, Luftfahrzeugen und Anlagen verbundene Einbringen und Einleiten von Stoffen sowie Einbringungen und Einleitungen durch Fahrzeuge der Bundeswehr von der Geltung dieses Gesetzes aus.

Zu Artikel 6

Durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. September 1972 zu dem Übereinkommen vom 29. April 1958 über die Hohe See ist die Wahrnehmung der sich aus diesem Gesetz ergebenden Verwaltungsaufgaben dem Deutschen Hydrographischen Institut übertragen worden. Absatz 1 bestätigt die Zuständigkeit des Deutschen Hydrographischen Instituts hinsichtlich der Erteilung von Erlaubnissen nach Artikel 2 und damit zusammenhängender Aufgaben.

Bei der Genehmigung von Einbringungsvorhaben soll nach Anhang III der Übereinkommen berücksichtigt werden, ob anderweitige Möglichkeiten der Vernichtung oder Beseitigung bestehen. Diese Prüfung ist zwar Bestandteil der Bearbeitung von Einbringungsanträgen durch das Deutsche Hydrographische Institut, würde aber hinsichtlich der Ermittlung von Beseitigungsmöglichkeiten an Land diese nur mit Problemen der Reinhaltung des Meeres befaßte Behörde überfordern. Absatz 1 Satz 2 sieht daher eine Beteiligung des Umweltbundesamtes vor. Dieses Verfahren läßt die Verwaltungshoheit der Länder auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung unberührt.

Zur unschädlichen Beseitigung von Stoffen im Meer kann es erforderlich sein, daß Einbringungsvorhaben nur unter Bedingungen oder Auflagen erlaubt werden und ihre Durchführung durch die staatlichen Stellen überwacht werden muß. Daher überträgt Absatz 1 Satz 3 dem Deutschen Hydrographischen Institut die Befugnis, hierzu alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen und ihre Einhaltung zu überwachen. Das Deutsche Hydrographische Institut verfügt jedoch nicht über die erforderliche Ausstattung, um durch eine über die Kontrolle genehmigter Einbringungsvorhaben hinausgehende

generelle Überwachungstätigkeit der ungenehmigten Einbringung und Einleitung von Stoffen in die Hohe See entgegenzuwirken. Diese Aufgabe obliegt den Behörden der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes. Nach § 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschiffahrt vom 24. Mai 1965, das gemäß Artikel 12 Nr. 3 unberührt bleibt, sind die Behörden der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes befugt, nach pflichtgemäßem Ermessen die zur Gefahrenabwehr erforderlichen Maßnahmen zu treffen; solche Aufgaben können zur Ausübung dem Bundesgrenzschutz übertragen werden (§ 3 Absatz 2 SeeAufgG).

Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 1 dehnt zur Ermöglichung der zwangsweisen Durchsetzung von Verwaltungsakten außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes den Geltungsbereich des Verwaltungs-Vollstreckungsgesetzes und des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt auf den Bereich der Hohen See aus und bezeichnet die zur Anwendung des unmittelbaren Zwangs befugten Vollzugsbeamten des Bundes. Um Zwangsmaßnahmen schnell und wirksam — gegebenenfalls auch in größerer Entfernung vom Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland — durchführen zu können, ist eine den sich ändernden Verhältnissen leicht anzupassende Regelung des Zusammenwirkens der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes und des Bundesgrenzschutzes erforderlich. Nach dem Vorbild des Entwurfs eines Bundesberggesetzes (§ 155 Abs. 3) soll die Regelung durch Verwaltungsvereinbarung erfolgen.

Absatz 3 ermöglicht durch entsprechende Anwendung des § 8 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschiffahrt vom 24. Mai 1965 Kontrollmaßnahmen an Bord von Schiffen, Luftfahrzeugen und Anlagen im Sinne des Artikel 2 Absatz 1 Nr. 3. Hierzu ist eine Einschränkung des Grundrechts der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) erforderlich.

Zur Deckung des mit der Kontrolle von Einbringungsvorhaben erforderlichen Verwaltungsaufwandes ermächtigt Absatz 4 die zuständigen Behörden, Kosten zu erheben. Die Gebühren sind nach Maßgabe der in Artikel 7 Absatz 2 Nr. 2 vorgesehenen Rechtsverordnung festzusetzen. Zu den Auslagen gehören die nach Lage des Einzelfalles unterschiedlichen Verwaltungsaufwendungen, die zum Beispiel durch die Einholung von Gutachten entstehen.

Zu Artikel 7

In Anbetracht der sich gegenwärtig vollziehenden schnellen Entwicklung von Forschung und Technik besitzen die Anlagen der Übereinkommen nur einen vorläufigen Charakter. Die Übereinkommen sehen daher vereinfachte Verfahren zur Änderung der Anlagen vor. Die Verordnungsermächtigung des Absatz 1 soll es ermöglichen, derartige Änderungen vereinfacht innerstaatlich in Kraft zu setzen.

Außer in den in Artikel 3 und 5 Satz 2 geregelten Fällen erlauben die Übereinkommen das ungenehmigte Einbringen von Stoffen in das Meer, wenn die Einbringung zu einem anderen Zweck als der bloßen Beseitigung erfolgt und nicht den Zielen der Übereinkommen widerspricht. Die Rechtsverordnungsermächtigung des Absatzes 2 Nr. 1 Buchstabe a) eröffnet die Möglichkeit zu bestimmen, daß in diesen Fällen eine Einbringungserlaubnis nicht erforderlich ist.

Zur Erfassung von Einbringungsvorhaben, für die nach Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe a) eine Erlaubnis nicht erforderlich ist, sieht Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe b) die Einführung einer Anzeigepflicht vor.

Die Übereinkommen zählen in ihren Anlagen teilweise voneinander abweichende Gesichtspunkte auf, die bei der Erlaubniserteilung zu beachten sind, und enthalten unterschiedliche Listen von Stoffen, deren Einbringung oder Einleitung in das Meer verboten ist oder nur mit einer besonderen Erlaubnis für jeden Einzelfall erfolgen darf. Es ist daher notwendig, die Regelungen in einer für die Durchführung beider Übereinkommen maßgeblichen Rechtsverordnung innerstaatlich zu harmonisieren. Die Ermächtigung des Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe c) schafft hierfür die gesetzliche Grundlage.

Die Durchführung der Übereinkommen wirft eine Reihe von Verfahrensfragen auf, die von den Antragserfordernissen für die Erteilung einer Einbringungserlaubnis bis hin zur Sammlung und Weitergabe von Berichten über durchgeführte Einbringungsvorhaben an die mit der Verwaltung der Übereinkommen betrauten internationalen Organisationen reichen. Die Regelung dieser Fragen erfolgt zweckmäßigerweise in der in Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe d) vorgesehenen Rechtsverordnung.

Die Durchführung von Einbringungsvorhaben wird in vielen Fällen nicht an Ort und Stelle überwacht werden können. Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe e) sieht daher vor, daß Nachweise über die Durchführung von Einbringungsvorhaben zu führen sind.

Die in Absatz 2 Nr. 2 vorgesehene Rechtsverordnungsermächtigung schafft die gesetzliche Grundlage für eine Regelung der nach Artikel 6 Absatz 4 zu erhebenden Kosten.

Zu Artikel 8

Die Vorschrift lehnt sich an § 38 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung des geplanten 4. Änderungsgesetzes an.

Zu Artikel 9

Die Vorschrift lehnt sich an § 39 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung des geplanten 4. Änderungsgesetzes an.

Zu Artikel 10

Die Ordnungswidrigkeiten-Regelung ist gegenüber Artikel 4 des Gesetzes vom 21. September 1972 zu dem Übereinkommen vom 29. April 1958 über die Hohe See um die Fälle der Nichtanzeige von Einbringungen oder Einleitungen, die zwar nicht erlaubnispflichtig, aber anzeigepflichtig sind, erweitert worden. Außerdem ist vorgesehen, daß Ver-

stöße gegen die Pflicht, Nachweise über die Durchführung von Einbringungsvorhaben zu führen, zur Ordnungswidrigkeit erklärt werden können.

Zu Artikel 11

Artikel 6 regelt nur die Zuständigkeit für den verwaltungsmäßigen Vollzug des Gesetzes. In Ergänzung dieser Regelung begründet Artikel 11 für die Vollzugsbeamten des Bundes die Zuständigkeit für die Erforschung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten und verleiht ihnen insoweit die Eigenschaft von Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

Zu Artikel 12

Das Atomgesetz ermächtigt in § 11 Absatz 1 Nr. 1, in § 12 Absatz 1 Nr. 7 und in § 54 zur Regelung der Beseitigung von radioaktiven Stoffen auch im Bereich der Hohen See. Es bedarf daher insoweit keiner neuen Regelung.

Durch die Ratifikation des Internationalen Übereinkommens zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, die demnächst durch die Ratifikation der 1969 unterzeichneten Änderung dieses Übereinkommens ergänzt werden wird, bestehen auch für die Beseitigung von Öl auf Hoher See ausreichende Regelungen.

Es scheint zweckmäßig, ausdrücklich klarzustellen, daß das Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschiffahrt durch dieses Gesetz nicht berührt wird.

Zu Artikel 13

Die Vorschrift enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 14

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Das Inkrafttreten der Artikel 2 bis 12 wird durch Absatz 1 Satz 2 an das Inkrafttreten des ersten der beiden Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland geknüpft. Im Hinblick auf die Notwendigkeit, der Wirtschaft zur Einholung der in Zukunft erforderlichen Einbringungserlaubnis eine Anpassungsfrist zu gewähren, sieht Absatz 1 Satz 3 vor, daß die Ratifikationsurkunden nicht vor Ablauf von sechs Monaten nach Verkündung dieses Gesetzes hinterlegt werden.

Nach Absatz 2 sind die Zeitpunkte, an denen das in Artikel 1 Nr. 1 genannte Übereinkommen nach seinem Artikel 23 und das in Artikel 1 Nr. 2 genannte Übereinkommen nach seinem Artikel XIX für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Die Erfüllung der mit den beiden Übereinkommen übernommenen Verpflichtungen erfordert zusätzlichen Verwaltungsaufwand des Bundes, vor allem durch die Arbeit der in den Übereinkommen vorgesehenen internationalen Gremien und das Erlaubnisverfahren, der durch die Erhebung von Kosten nicht völlig ausgeglichen werden kann. Die Bundesverwaltung wird jedoch bemüht sein, auch die mit der Gesetzesausführung verbundenen zusätzlichen Arbeiten noch im Rahmen der vorhandenen Personalausstattung des Bundesverkehrsministeriums und des Deutschen Hydrographischen Instituts abzuwickeln. Gegebenenfalls wird im Bundeshaushalt bei Kapitel 12 09 — Deutsches Hydrographisches Institut — mit einer Personalverstärkung von zwei Angestelltenstellen (Verg.Gr. IV a und Verg.Gr. VI b) — jährlicher Ausgabenmehrbedarf voraussichtlich rund 55 000 Deutsche Mark — gerechnet. Darüber hinaus werden Kosten im Zusammenhang mit der Durchführung von Aufgaben entstehen, die nach beiden Übereinkommen von internationalen Einrichtungen wahrgenommen werden sollen. Eine genaue Schätzung der Kosten ist zur Zeit nicht möglich, da u. a. die Vertragsparteien des in Artikel 1 Nr. 1 genannten Übereinkommens bisher nur eine vorläufige Einigung über die Kostentragung erzielt haben. An den Kosten der im Rahmen dieses Übereinkommens zu bildenden zwischenstaatlichen Kommission wird sich die Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich mit jährlich 1 000 £ bis 4 000 £ — zu bestreiten aus Kapitel 12 02 des Bundeshaushaltes — beteiligen müssen. Daneben entstehen Sachausgaben in Höhe von voraussichtlich 50 000 Deutsche Mark im ersten Jahr und 10 000 Deutsche Mark jährlich in den Folgejahren bei Kapitel 12 09.

Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge

Convention for the Prevention of Marine Pollution by Dumping from Ships and Aircraft

Convention pour la prévention de la pollution marine par les opérations d'immersion effectuées par les navires et aéronefs

THE CONTRACTING PARTIES

RECOGNIZING that the marine environment and the living resources which it supports are of vital importance to all nations;

MINDFUL that the ecological equilibrium and the legitimate uses of the sea are increasingly threatened by pollution;

RECOGNIZING that concerted action by Governments at national, regional and global levels is essential to prevent and combat marine pollution;

NOTING that this pollution has many sources, including dumping from ships and aircraft and discharges through rivers, estuaries, outfalls and pipelines within national jurisdiction, that it is important that states use the best practicable means to prevent such pollution, and that products and processes which will minimize the amount of harmful waste requiring disposal should be developed;

BEING CONVINCED that international action to control the pollution of the sea by the dumping of harmful substances from ships and aircraft can and should be taken without delay, but that this action should not preclude discussion of measures to control other sources of marine pollution as soon as possible;

LES PARTIES CONTRACTANTES,

RECONNAISSANT que l'environnement marin et la faune et la flore qu'il fait vivre ont une importance vitale pour toutes les nations;

CONSCIENTES du fait que l'équilibre écologique et les utilisations légitimes de la mer sont de plus en plus menacées par la pollution;

RECONNAISSANT que l'action concertée des Gouvernements aux échelons national, régional et mondial est essentielle pour prévenir et combattre la pollution des mers;

CONSTATANT que la pollution a de nombreuses origines, entre autres l'immersion en provenance de navires et d'aéronefs et les déversements par les fleuves, les estuaires, les décharges et les canalisations placés sous la juridiction des pays, qu'il est important que les États mettent en œuvre les meilleurs moyens possibles aux fins de prévenir ladite pollution, et qu'il convient d'élaborer des produits et procédés qui réduiront la quantité de déchets nocifs à évacuer;

CONVAINCUES que l'action internationale pour lutter contre la pollution des mers par l'immersion de substances nocives en provenance de navires et aéronefs peut et doit être menée sans tarder, mais que cette action ne doit pas empêcher d'étudier des mesures de lutte contre d'autres sources de pollution marine dès que possible;

(Übersetzung)

DIE VERTRAGSPARTEIEN —

IN DER ERKENNTNIS, daß die Meeresumwelt und die von ihr lebenden Schätze für alle Völker von lebenswichtiger Bedeutung sind;

EINGEDENK DESSEN, daß das ökologische Gleichgewicht und die rechtmäßige Nutzung des Meeres zunehmend durch Verschmutzung bedroht sind;

IM HINBLICK DARAUF, daß ein untereinander abgestimmtes Vorgehen der Regierungen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zur Verhütung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung unerläßlich ist;

IN ANBETRACHT DESSEN, daß diese Verschmutzung viele Ursachen hat, darunter das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge sowie das Einleiten durch Flüsse, Flußmündungen, Ausflüsse und Rohrleitungen im nationalen Hoheitsbereich, daß es wichtig ist, daß die Staaten möglichst wirksame Maßnahmen zur Verhütung einer derartigen Verschmutzung treffen, und daß Erzeugnisse und Verfahren entwickelt werden sollten, welche die Menge der zu beseitigenden schädlichen Abfälle auf ein Mindestmaß beschränken;

ÜBERZEUGT, daß unverzüglich internationale Vorkehrungen zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Schadstoffen durch Schiffe und Luftfahrzeuge getroffen werden können und sollen, daß diese jedoch eine möglichst baldige Prüfung von Maßnahmen zur Bekämpfung anderer Ursachen der Meeresverschmutzung nicht ausschließen sollen;

CONSIDERING that the states bordering the North-East Atlantic have a particular responsibility to protect the waters of this region;

HAVE AGREED as follows:

Article 1

The Contracting Parties pledge themselves to take all possible steps to prevent the pollution of the sea by substances that are liable to create hazards to human health, to harm living resources and marine life, to damage amenities or to interfere with other legitimate uses of the sea.

Article 2

The area to which this Convention applies shall be the high seas and the territorial sea which are situated

a) within those parts of the Atlantic and Arctic Oceans and their dependent seas which lie north of 36° north latitude and between 42° west longitude and 51° east longitude, but excluding

   (i) the Baltic Sea and Belts lying to the south and east of lines drawn from Hasenore Head to Gniben Point, from Korshage to Spodsbierg and from Gilbierg Head to the Kullen, and

   (ii) the Mediterranean Sea and its dependent seas as far as the point of intersection of the parallel of 36° north latitude and the meridian of 5°36' west longitude.

b) within that part of the Atlantic Ocean north of 59° north latitude and between 44° west longitude and 42° west longitude.

Article 3

The Contracting Parties agree to apply the measures which they adopt in such a way as to prevent the diversion of dumping of harmful substances into seas outside the area to which this Convention applies.

Article 4

The Contracting Parties shall harmonize their policies and introduce, individually and in common, measures

CONSIDÉRANT que les États riverains de l'Atlantique du Nord-est sont particulièrement responsables de la protection des eaux de cette région;

SONT CONVENUES des dispositions ci-après:

Article 1

Les Parties Contractantes s'engagent à prendre toutes les mesures possibles pour lutter contre la pollution des mers par des substances susceptibles de mettre en danger la santé de l'homme, de nuire aux ressources biologiques, à la faune et à la flore marines, de porter atteinte aux agréments ou de gêner toutes autres utilisations légitimes de la mer.

Article 2

La zone d'application de la présente Convention comprend la haute mer et la mer territoriale situées:

a) dans les limites des régions des océans atlantique et arctique et de leurs mers secondaires qui s'étendent au nord du 36° de latitude nord et entre le 42° de longitude ouest et le 51° de longitude est, mais à l'exclusion

   (i) de la Mer Baltique et des Belts au sud et à l'est des lignes allant d'Hasenore Head à Gniben Point, de Korshage à Spodsbierg et de Gilbierg Head à Kullen, et

   (ii) de la Mer Méditerranée et des mers secondaires jusqu'au point d'intersection du 36° parallèle de latitude nord et du 5°36' méridien de longitude ouest.

b) dans les limites de la région de l'Océan Atlantique au nord de 59° de latitude nord et entre 44° de longitude ouest et 42° de longitude ouest.

Article 3

Les Parties Contractantes conviennent de mettre en œuvre les mesures qu'elles auront adoptées de manière qu'il n'y ait pas détournement des opérations d'immersion de substances nocives vers des mers situées en dehors de la zone couverte par la présente Convention.

Article 4

Les Parties Contractantes harmoniseront leurs politiques et adopteront, à titre individuel et en commun, des

IN DER ERWÄGUNG, daß die Anliegerstaaten des Nordatlantiks eine besondere Verantwortung für den Schutz der Gewässer dieses Gebiets tragen, —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen, um die Meeresverschmutzung durch Stoffe zu verhüten, welche die menschliche Gesundheit gefährden, die lebenden Schätze sowie die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres schädigen, die Annehmlichkeiten der Umwelt beeinträchtigen oder sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeres behindern könnten.

Artikel 2

Der Geltungsbereich dieses Übereinkommens umfaßt die Hohe See und das Küstenmeer

a) innerhalb derjenigen Teile des Atlantischen Ozeans und des Nördlichen Eismeers und ihrer Nebengewässer, die nördlich von 36° nördlicher Breite und zwischen 42° westlicher Länge und 51° östlicher Länge liegen, jedoch ausschließlich

   i) der Ostsee und der Belte südlich und östlich der Linien, die vom Kap Hasenöre zum Kap Gniben, von Korshage nach Spodsbjerg und vom Kap Gilbjerg nach Kullen verlaufen, sowie

   ii) des Mittelmeers und seiner Nebengewässer bis zum Schnittpunkt des Breitenparallels 36° nördlicher Breite und des Meridians 5° 36' westlicher Länge;

b) innerhalb desjenigen Teiles des Atlantischen Ozeans, der nördlich von 59° nördlicher Breite und zwischen 44° westlicher Länge und 42° westlicher Länge liegt.

Artikel 3

Die Vertragsparteien kommen überein, die von ihnen beschlossenen Maßnahmen so anzuwenden, daß eine Verlagerung des Einbringens von Schadstoffen in Meeresgebiete außerhalb des Geltungsbereichs dieses Übereinkommens verhindert wird.

Artikel 4

Die Vertragsparteien stimmen ihre Politik aufeinander ab und treffen einzeln und gemeinsam Maßnahmen zur

to prevent the pollution of the sea by dumping by or from ships and aircraft.

mesures destinées à empêcher la pollution de la mer par l'immersion de déchets par les navires et aéronefs ou en provenance de ceux-ci.

Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge oder aus denselben.

Article 5

The dumping of the substances listed in Annex I to this Convention is prohibited.

Article 5

L'immersion des substances énumérées à l'Annexe I de la présente Convention est interdite.

Artikel 5

Das Einbringen der in Anlage I aufgeführten Stoffe ist verboten.

Article 6

No waste containing such quantities of the substances and materials listed in Annex II to this Convention as the Commission established under the provisions of Article 16, hereinafter referred to as "the Commission", shall define as significant, shall be dumped without a specific permit in each case from the appropriate national authority or authorities. When such permits are issued, the provisions of Annexes II and III to this Convention shall be applied.

Article 6

Il est interdit d'immerger sans un permis spécifique délivré dans chaque cas par l'autorité ou les autorités nationales compétentes des déchets contenant des substances et des matériaux répertoriés à l'Annexe II de la présente Convention, en quantités qui seront définies comme importantes par la Commission créée aux termes des dispositions de l'Article 16 et ci-après dénommée «la Commission». Lors de la délivrance de ces permis, les dispositions des Annexes II et III de la présente Convention seront appliquées.

Artikel 6

Abfälle, welche die in Anlage II aufgeführten Stoffe und Gegenstände in Mengen enthalten, die von der nach Artikel 16 eingesetzten Kommission — im folgenden „Kommission" genannt — als bedeutend bezeichnet werden, dürfen nur mit einer von den zuständigen innerstaatlichen Behörden für jeden Einzelfall erteilten besonderen Erlaubnis eingebracht werden. Bei der Erteilung dieser Erlaubnisse sind die Anlagen II und III anzuwenden.

Article 7

No substance or material shall be dumped without the approval of the appropriate national authority or authorities. When such approval is granted, the provisions of Annex III to this Convention shall be applied.

Article 7

Ni substances, ni matériaux ne seront immergés sans l'agrément de l'autorité ou des autorités nationales compétentes. Lors de la délivrance de cet agrément, les dispositions de l'Annexe III à la présente Convention seront appliquées.

Artikel 7

Stoffe oder Gegenstände dürfen nicht ohne Genehmigung der zuständigen innerstaatlichen Behörden eingebracht werden. Bei der Erteilung dieser Genehmigung ist Anlage III anzuwenden.

Article 8

1) The provisions of Articles 5, 6 and 7 shall not apply in case of force majeure due to stress of weather or any other cause when the safety of human life or of a ship or aircraft is threatened. Such dumping shall immediately be reported to the Commission, together with full details of the circumstances and of the nature and quantities of the substances and materials dumped.

2) The provisions of Article 5 shall not apply where these substances occur as trace contaminants in waste to which they have not been added for the purpose of being dumped. However, such dumping shall remain subject to Articles 6 and 7.

Article 8

1) Les dispositions des Articles 5, 6 et 7 ne s'appliquent pas en cas de force majeure due aux intempéries ou à toute autre cause lorsque la sécurité de la vie de l'homme ou d'un navire ou d'un aéronef est menacée. Dans ces cas, les déversements seront immédiatement notifiés à la Commission avec tous les détails concernant les circonstances, la nature et les quantités de substances et matériaux immergés.

2) Les dispositions de l'Article 5 ne s'appliquent pas lorsque les substances concernées se présentent sous forme de polluants en traces dans des déchets auxquels ces substances n'ont pas été ajoutées en vue de leur immersion. Cependant, l'immersion reste dans ce cas soumise aux Articles 6 et 7.

Artikel 8

(1) Die Artikel 5, 6 und 7 finden keine Anwendung im Fall höherer Gewalt auf Grund von Schlechtwetter oder anderer Ursachen, wenn die Sicherheit von Menschenleben oder eines Schiffes oder Luftfahrzeugs bedroht ist. In diesem Fall ist das Einbringen unter Angabe der näheren Umstände und der Art und Menge der eingebrachten Stoffe und Gegenstände sofort der Kommission zu melden.

(2) Artikel 5 findet keine Anwendung, wenn diese Stoffe als Spurenverunreinigungen in Abfällen enthalten sind, denen sie nicht zum Zweck des Einbringens beigefügt wurden. Jedoch gelten für dieses Einbringen die Artikel 6 und 7.

Article 9

If a Contracting Party in an emergency considers that a substance listed in Annex I to this Convention cannot be disposed of on land without unacceptable danger or damage, the Contracting Party concerned shall forthwith consult the Commission. The Commission shall recommend methods of storage or the most satisfactory

Article 9

En cas de situation critique, si une Partie Contractante estime qu'une substance figurant dans l'Annexe I de la présente Convention ne peut être éliminée à terre sans risque ou préjudice inacceptables, elle consultera immédiatement la Commission. La Commission recommandera des méthodes de stockage ou les moyens de des-

Artikel 9

Ist eine Vertragspartei in einer Notlage der Auffassung, daß ein in Anlage I aufgeführter Stoff an Land nicht ohne unvertretbare Gefahren oder Schäden beseitigt werden kann, so konsultiert sie umgehend die Kommission. Diese empfiehlt Lagerungsmethoden oder die nach den jeweiligen Umständen geeignetsten Ver-

means of destruction or disposal under the prevailing circumstances. The Contracting Party shall inform the Commission of the steps adopted in pursuance of its recommendation. The Contracting Parties pledge themselves to assist one another in such situations.

truction ou d'élimination les plus satisfaisants selon les circonstances. La Partie Contractante informera la Commission des mesures adoptées en application de ses recommandations. Les Parties Contractantes s'engagent à se prêter mutuellement assistance dans de telles situations.

nichtungs- oder Beseitigungsmaßnahmen. Die Vertragspartei unterrichtet die Kommission über die auf Grund der Empfehlung beschlossenen Vorkehrungen. Die Vertragsparteien verpflichten sich zu gegenseitiger Hilfeleistung in derartigen Notlagen.

Article 10

The composition of the waste shall be ascertained by the appropriate national authority or authorities in accordance with the provisions of Annex III to this Convention before any permit or approval for the dumping of waste at sea is issued.

Article 10

Avant toute délivrance de permis ou d'agrément concernant l'immersion de déchets dans la mer, l'autorité ou les autorités nationales compétentes s'assureront de la composition de ces déchets conformément aux dispositions de l'Annexe III de la présente Convention.

Artikel 10

Vor der Erteilung einer Erlaubnis oder Genehmigung zum Einbringen von Abfällen ins Meer vergewissern sich die zuständigen innerstaatlichen Behörden nach Anlage III über die Zusammensetzung der Abfälle.

Article 11

Each Contracting Party shall keep, and transmit to the Commission, according to a standard procedure, records of the nature and the quantities of the substances and materials dumped under permits or approvals issued by that Contracting Party, and of the dates, places and methods of dumping.

Article 11

Toute Partie Contractante conservera et transmettra à la Commission, conformément à une procédure type, les états concernant la nature et les quantités des substances et matériaux immergés en vertu des permis ou agréments délivrés par elle, ainsi que les dates, lieux et méthodes d'immersion.

Artikel 11

Jede Vertragspartei führt Unterlagen über Art und Menge der Stoffe und Gegenstände, die auf Grund der von ihr erteilten Erlaubnisse oder Genehmigungen eingebracht wurden, sowie über den Tag, den Ort und die Methode des Einbringens, und übermittelt diese Unterlagen nach einem Standardverfahren der Kommission.

Article 12

The Contracting Parties agree to establish complementary or joint programmes of scientific and technical research, including research on alternative methods of disposal of harmful substances, and to transmit to each other the information so obtained. In doing so they will have regard to the work carried out by the appropriate international organizations and agencies.

Article 12

Les Parties Contractantes conviennent d'établir des programmes complémentaires ou conjoints de recherche scientifique et technique, y compris de recherche d'autres méthodes d'élimination des substances nocives, et de se communiquer mutuellement les informations ainsi obtenues. Dans ce domaine elles tiendront compte des travaux effectués par les organisations et institutions internationales compétentes.

Artikel 12

Die Vertragsparteien kommen überein, einander ergänzende oder gemeinsame wissenschaftliche und technische Forschungsprogramme aufzustellen, die auch die Erforschung anderer Methoden zur Beseitigung von Schadstoffen umfassen, und sich gegenseitig die hierbei gewonnenen Informationen mitzuteilen. Dabei werden sie die Arbeiten geeigneter internationaler Organisationen und Einrichtungen berücksichtigen.

Article 13

The Contracting Parties agree to institute, in co-operation with appropriate international organizations and agencies, complementary or joint programmes for monitoring the distribution and effects of pollutants in the area to which this Convention applies.

Article 13

Les Parties Contractantes conviennent de mettre sur pied, en coopération avec les organisations et institutions internationales compétentes, des programmes complémentaires ou conjoints pour le contrôle et la surveillance continue de l'évolution et des effets des polluants dans la zone d'application de la présente Convention.

Artikel 13

Die Vertragsparteien kommen überein, in Zusammenarbeit mit geeigneten internationalen Organisationen und Einrichtungen einander ergänzende oder gemeinsame Programme aufzustellen, um die Verbreitung und Wirkung von Schmutzstoffen im Geltungsbereich dieses Übereinkommens ständig zu überwachen.

Article 14

The Contracting Parties pledge themselves to promote, within the competent specialized agencies and other international bodies, measures concerning the protection of the marine environment against pollution caused by oil and oily wastes, other noxious or hazardous cargoes, and radioactive materials.

Article 14

Les Parties Contractantes s'engagent à promouvoir, dans le cadre des institutions spécialisées compétentes et autres organismes internationaux, des mesures concernant la protection de l'environnement marin contre la pollution provoquée par le pétrole et les résidus de pétrole, par d'autres cargaisons nocives ou dangereuses et par les matières radioactives.

Artikel 14

Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Rahmen der zuständigen Sonderorganisationen und sonstiger internationaler Gremien Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt gegen die Verschmutzung durch Öl und ölhaltige Abfälle, sonstige schädliche oder gefährliche Ladungen und radioaktive Materialien zu fördern.

Article 15

1) Each Contracting Party undertakes to ensure compliance with the provisions of this Convention:

a) by ships and aircraft registered in its territory;

b) by ships and aircraft loading in its territory the substances and materials which are to be dumped;

c) by ships and aircraft believed to be engaged in dumping within its territorial sea.

2) Each Contracting Party undertakes to issue instructions to its maritime inspection vessels and aircraft and to other appropriate services to report to its authorities any incidents or conditions on the high seas which give rise to suspicions that dumping in contravention of the provisions of the present Convention has occurred or is about to occur. That Contracting Party shall, if it considers it appropriate, report accordingly to any other Contracting Party concerned.

3) Each Contracting Party shall take in its territory appropriate measures to prevent and punish conduct in contravention of the provisions of this Convention.

4) The Contracting Parties undertake to assist one another as appropriate in dealing with pollution incidents involving dumping at sea, and to exchange information on methods of dealing with such incidents.

5) The Contracting Parties further agree to work together in the development of co-operative procedures for the application of the Convention, particularly on the high seas.

6) Nothing in this Convention shall abridge sovereign immunity to which certain vessels are entitled under international law.

Article 15

1) Chacune des Parties Contractantes s'engage à veiller au respect des dispositions de la présente Convention:

a) par les navires et aéronefs immatriculés sur son territoire;

b) par les navires et aéronefs chargeant sur son territoire des substances et des matériaux destinés à l'immersion;

c) par les navires et aéronefs dont on pense qu'ils se livrent à l'immersion dans les limites de sa mer territoriale.

2) Chacune des Parties Contractantes s'engage à donner pour instruction à ses navires et aéronefs d'inspection maritime ainsi qu'aux autres services qualifiés de signaler à leurs autorités nationales tous incidents ou situations en haute mer qui font soupçonner qu'il y a eu ou qu'il va y avoir immersion contraire aux dispositions de la présente Convention. Cette Partie Contractante en informera, si elle le juge opportun, toute autre Partie Contractante intéressée.

3) Chacune des Parties Contractantes prendra sur son territoire les mesures appropriées pour prévenir et punir tout comportement contraire aux dispositions de la présente Convention.

4) Les Parties Contractantes s'engagent à se prêter assistance mutuelle en tant que de besoin dans la lutte contre les accidents de pollution provenant de l'immersion en mer et à échanger des informations sur les manières de faire face à de tels accidents.

5) Les Parties Contractantes conviennent, en outre, de travailler en commun à l'établissement de procédures de coopération pour l'application de la Convention, en particulier en haute mer.

6) Rien dans la présente Convention ne porte atteinte à l'immunité d'État attachée à certains navires en vertu du droit international.

Artikel 15

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, die Einhaltung dieses Übereinkommens durch folgende Schiffe und Luftfahrzeuge sicherzustellen:

a) in ihrem Hoheitsgebiet eingetragene Schiffe und Luftfahrzeuge;

b) Schiffe und Luftfahrzeuge, die in ihrem Hoheitsgebiet Stoffe und Gegegenstände zum Zweck des Einbringens laden;

c) Schiffe und Luftfahrzeuge, bei denen ein Einbringen in ihrem Küstenmeer angenommen wird.

(2) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, ihre Aufsichtsschiffe und -luftfahrzeuge sowie ihre sonstigen in Frage kommenden Stellen anzuweisen, ihren Behörden alle Ereignisse oder Umstände auf Hoher See zu melden, die den Verdacht erwecken, daß ein Einbringen unter Verstoß gegen dieses Übereinkommen stattgefunden hat oder unmittelbar bevorsteht. Die betreffende Vertragspartei gibt diese Meldung, wenn sie es für zweckmäßig hält, an jede andere beteiligte Vertragspartei weiter.

(3) Jede Vertragspartei trifft in ihrem Hoheitsgebiet geeignete Maßnahmen zur Verhütung und Bestrafung von Verstößen gegen dieses Übereinkommen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, einander erforderlichenfalls Beistand bei der Bekämpfung von Verschmutzungsereignissen zu leisten, bei denen ein Einbringen ins Meer erfolgt, und Informationen über die Art der Behandlung solcher Ereignisse auszutauschen.

(5) Die Vertragsparteien kommen ferner überein, gemeinsam Verfahren für eine Zusammenarbeit bei der Anwendung des Übereinkommens, insbesondere auf Hoher See, zu erarbeiten.

(6) Dieses Übereinkommen läßt die Staatenimmunität unberührt, die bestimmten Schiffen auf Grund des Völkerrechts zusteht.

Article 16

A Commission, made up of representatives of each of the Contracting Parties, is hereby established. The Commission shall meet at regular intervals and at any time when, due to special circumstances, it is so decided in accordance with the Rules of Procedure.

Article 16

Une Commission composée des représentants de chacune des Parties Contractantes est créée par les présentes. La Commission se réunira à intervalles réguliers et à tout moment lorsque, en raison de circonstances spéciales, il en sera ainsi décidé conformément au Règlement intérieur.

Artikel 16

Hiermit wird eine aus Vertretern aller Vertragsparteien bestehende Kommission eingesetzt. Sie tritt in regelmäßigen Abständen sowie jederzeit zusammen, wenn dies auf Grund besonderer Umstände nach der Geschäftsordnung beschlossen wird.

Article 17

It shall be the duty of the Commission:

a) To exercise overall supervision over the implementation of this Convention;

b) To receive and consider the records of permits and approvals issued and of dumping which has taken place, as provided for in Articles 8, 9 and 11 of this Convention, and to define the standard procedure to be adopted for this purpose;

c) To review generally the condition of the seas within the area to which this Convention applies, the efficacy of the control measures being adopted, and the need for any additional or different measures;

d) To keep under review the contents of the Annexes to this Convention, and to recommend such amendments, additions or deletions as may be agreed;

e) To discharge such other functions as may be appropriate under the terms of this Convention.

Article 18

1) The Commission shall draw up its own Rules of Procedure which shall be adopted by unanimous vote. The Government of Norway shall call the first meeting of the Commission as soon as practicable after the coming into force of this Convention.

2) Recommendations for modification of the Annexes to this Convention in accordance with Article 17 (d) shall be adopted by a unanimous vote in the Commission, and the modifications contained therein shall enter into force after unanimous approval by the Governments of the Contracting Parties.

Article 19

For the purpose of this Convention:

1) "Dumping" means any deliberate disposal of substances and materials into the sea by or from ships or aircraft other than:

a) any discharge incidental to or derived from the normal operation of ships and aircraft and their equipment;

b) the placing of substances and materials for a purpose other than

Article 17

La Commission aura pour mission:

a) d'exercer une surveillance générale sur la mise en œuvre de la Convention;

b) de recevoir et d'apprécier les listes des permis et agréments donnés et des immersions opérées conformément aux Articles 8, 9 et 11 de la présente Convention, et de définir la procédure type qui devra être adoptée à cette fin;

c) d'examiner de façon générale l'état des mers situées dans les limites de la zone d'application de la présente Convention, l'efficacité des mesures de contrôle qui ont été adoptées, et la nécessité de toutes mesures complémentaires ou différentes;

d) de tenir à jour le contenu des Annexes de la présente Convention et de recommander les modifications, additions ou suppressions qui pourront être adoptées;

e) de remplir toutes autres fonctions en tant que de besoin aux termes de la présente Convention.

Article 18

1) La Commission établira son Règlement intérieur qui sera adopté à l'unanimité des voix. Le Gouvernement de Norvège convoquera la première réunion de la Commission dès que possible après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

2) Les recommandations de modification des Annexes de la présente Convention, conformément à l'Article 17 (d), seront adoptées à l'unanimité des voix au sein de la Commission et les modifications qu'elles comportent entreront en vigueur sur approbation unanime des Gouvernements des Parties Contractantes.

Article 19

Aux fins de la présente Convention:

1) «Immersion» signifie tout déversement délibéré dans la mer de substances et de matériaux au moyen ou à partir de navires ou d'aéronefs, autres que:

a) tout rejet qui résulte accessoirement ou qui est la suite de la marche normale des navires et aéronefs ou de leurs appareillages;

b) le dépôt de substances et de matériaux à des fins autres que leur

Artikel 17

Die Kommission hat die Aufgabe,

a) die allgemeine Aufsicht über die Durchführung dieses Übereinkommens auszuüben;

b) die Unterlagen über die erteilten Erlaubnisse und Genehmigungen sowie über das Einbringen nach den Artikeln 8, 9 und 11 entgegenzunehmen und zu prüfen sowie das für diesen Zweck einzuführende Standardverfahren auszuarbeiten;

c) den Zustand des Meeres innerhalb des Geltungsbereichs dieses Übereinkommens sowie die Wirksamkeit der Kontrollmaßnahmen und die Notwendigkeit etwaiger zusätzlicher oder andersartiger Maßnahmen allgemein zu überprüfen;

d) den Inhalt der Anlagen auf dem laufenden zu halten und alle etwa vereinbarten Änderungen, Zusätze oder Streichungen zu empfehlen;

e) alle sonstigen nach diesem Übereinkommen etwa erforderlichen Aufgaben wahrzunehmen.

Artikel 18

(1) Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die einstimmig anzunehmen ist. Die Regierung von Norwegen beruft die erste Sitzung der Kommission so bald wie möglich nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens ein.

(2) Empfehlungen zur Änderung der Anlagen nach Artikel 17 Buchstabe d müssen von der Kommission einstimmig angenommen werden, und die darin enthaltenen Änderungen treten nach Zustimmung der Regierungen aller Vertragsparteien in Kraft.

Artikel 19

Im Sinne dieses Übereinkommens haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

(1) Der Ausdruck „Einbringen" (dumping) bezeichnet jede vorsätzliche Beseitigung von Stoffen und Gegenständen ins Meer durch Schiffe oder Luftfahrzeuge oder aus denselben, mit Ausnahme

a) jedes Einleitens, das mit dem normalen Betrieb der Schiffe und Luftfahrzeuge oder ihrer Ausrüstung zusammenhängt oder davon herrührt;

b) des Absetzens von Stoffen und Gegenständen zu einem anderen

the mere disposal thereof, if not contrary to the aim of this Convention.

2) "Ships and aircraft" means seagoing vessels and air-borne craft of any type whatsoever. This expression includes air-cushion craft, floating craft whether self-propelled or not, and fixed or floating platforms.

Article 20

This Convention shall be open for signature at Oslo until 15th August 1972 by the States invited to participate in the Conference on Marine Pollution, held there from 19th to 22nd October, 1971.

Article 21

This Convention shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Government of Norway.

Article 22

This Convention shall be open for accession by any State referred to in Article 20. The Contracting Parties may unanimously invite other States to accede to the Convention. The instruments of accession shall be deposited with the Government of Norway.

Article 23

1) This Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of deposit of the seventh instrument of ratification or accession.

2) For each State ratifying or acceding to the Convention after the deposit of the seventh instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day after deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

Article 24

At any time after two years from the date on which this Convention has come into force with respect to a Contracting Party, that Party may withdraw from the Convention by means of a notice in writing addressed to the depositary Government. Any such withdrawal shall take effect twelve months after the date of its receipt.

Article 25

A conference for the purpose of revising or amending this Convention may be convened by the depositary

seule élimination pourvu qu'il ne soit pas incompatible avec l'objet de la présente Convention.

2) «Navires et aéronefs» signifie bâtiments de mer et engins volants de quelque type que ce soit. Cette expression recouvre également les engins sur coussin d'air, les engins flottants — qu'ils soient auto-propulsés ou non — et les plate-formes fixes ou flottantes.

Article 20

La présente Convention sera ouverte à Oslo jusqu'au 15 août 1972 à la signature des États invités à la Conférence sur la Pollution des Mers qui s'est tenue dans cette ville du 19 au 22 octobre 1971.

Article 21

La présente Convention sera soumise à ratification. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement de Norvège.

Article 22

La présente Convention sera ouverte à l'adhésion de tout État visé à l'Article 20. Les Parties Contractantes pourront à l'unanimité inviter d'autres États à adhérer à la Convention. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Gouvernement de Norvège.

Article 23

1) La présente Convention entrera en vigueur le trentième jour qui suivra la date du dépôt du septième instrument de ratification ou d'adhésion.

2) Pour chacun des États qui ratifieront la Convention ou y adhéreront après le dépôt du septième instrument de ratification ou d'adhésion, la Convention entrera en vigueur le trentième jour après le dépôt par cet État de son instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 24

A tout moment, au bout de deux ans après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention à l'égard d'une Partie Contractante, cette Partie pourra dénoncer la Convention par notification écrite adressée au Gouvernement dépositaire. Toute dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle elle aura été reçue.

Article 25

Le Gouvernement dépositaire pourra à la demande de la Commission statuant à la majorité des deux tiers,

Zweck als der bloßen Beseitigung, sofern dies nicht dem Ziel dieses Übereinkommens widerspricht.

(2) Der Ausdruck „Schiffe und Luftfahrzeuge" bezeichnet seegehende Wasserfahrzeuge sowie Fluggerät jeder Art. Er umfaßt Luftkissenfahrzeuge, schwimmendes Gerät mit oder ohne eigenen Antrieb und feste oder schwimmende Plattformen.

Artikel 20

Dieses Übereinkommen liegt für die Staaten, die zur Teilnahme an der vom 19. bis 22. Oktober 1971 in Oslo abgehaltenen Konferenz über Meeresverschmutzung eingeladen waren, bis zum 15. August 1972 in Oslo zur Unterzeichnung auf.

Artikel 21

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung von Norwegen hinterlegt.

Artikel 22

Dieses Übereinkommen liegt für jeden in Artikel 20 bezeichneten Staat zum Beitritt auf. Die Vertragsparteien können andere Staaten einstimmig zum Beitritt zu dem Übereinkommen einladen. Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung von Norwegen hinterlegt.

Artikel 23

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der siebenten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der das Übereinkommen nach Hinterlegung der siebenten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beitritt, tritt es am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch den betreffenden Staat in Kraft.

Artikel 24

Mit Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag, an dem dieses Übereinkommen für eine Vertragspartei in Kraft getreten ist, kann diese das Übereinkommen jederzeit durch eine an die Verwahrregierung gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird zwölf Monate nach dem Tag ihres Eingangs wirksam.

Artikel 25

Die Verwahrregierung kann auf ein mit Zweidrittelmehrheit beschlossenes Ersuchen der Kommission eine Konfe-

Government at the request of the Commission adopted by a two-thirds majority.

Article 26

The depositary Government shall inform the Contracting Parties and the States referred to in Article 20:

a) of signatures to this Convention, of the deposit of instruments of ratification or accession, and of the receipt of a notice of withdrawal, in accordance with Articles 20, 21, 22 and 24;

b) of the date on which this Convention will come into force in accordance with Article 23;

c) of the receipt of notification of approval relating to modifications of the Annexes to this Convention and of the entry into force of such modifications in accordance with Article 18.

Article 27

The original of this Convention, of which the English and French texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of Norway, which shall send certified copies thereof to the Contracting Parties and to the States referred to in Article 20, and which shall transmit a certified copy to the Secretary-General of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized by their respective Governments, have signed this Convention.

DONE at Oslo, this fifteenth day of February 1972.

convoquer une Conférence aux fins de réviser ou modifier la présente Convention.

Article 26

Le Gouvernement dépositaire avisera les Parties Contractantes et les États visés à l'Article 20:

a) des signatures de la présente Convention, du dépôt des instruments de ratification ou d'adhésion et des notifications de dénonciation conformément aux Articles 20, 21, 22 et 24;

b) de la date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur, en application de l'Article 23;

c) des notifications d'approbation relatives aux modifications des Annexes de la présente Convention et de l'entrée en vigueur de ces modifications, conformément à l'Article 18.

Article 27

L'original de la présente Convention, dont les textes anglais et français font également foi, sera déposé auprès du Gouvernement de Norvège qui en adressera des copies certifiées conformes aux Parties Contractantes et aux États visés à l'Article 20 et qui remettra une copie certifiée conforme au Secrétaire Général des Nations Unies pour enregistrement et publication, conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention.

FAIT à Oslo, le quinze février 1972.

renz zur Revision oder Änderung dieses Übereinkommens einberufen.

Artikel 26

Die Verwahrregierung unterrichtet die Vertragsparteien und die in Artikel 20 bezeichneten Regierungen

a) von jeder Unterzeichnung dieses Übereinkommens, jeder Hinterlegung einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde sowie vom Eingang jeder Kündigungsanzeige nach den Artikeln 20, 21, 22 und 24;

b) vom Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach Artikel 23;

c) vom Eingang jeder Notifikation über die Zustimmung zu Änderungen der Anlagen und vom Inkrafttreten dieser Änderungen nach Artikel 18.

Artikel 27

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen englischer und französischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung von Norwegen hinterlegt; diese übermittelt den Vertragsparteien und den in Artikel 20 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Oslo am 15. Februar 1972.

Annex I

The following substances are listed for the purposes of Article 5 of the Convention:

1. Organohalogen compounds and compounds which may form such substances in the marine environment, excluding those which are non-toxic, or which are rapidly converted in the sea into substances which are biologically harmless;
2. Organosilicon compounds and compounds which may form such substances in the marine environment, excluding those which are non-toxic, or which are rapidly converted in the sea into substances which are biologically harmless;
3. Substances which have been agreed between the Contracting Parties as likely to be carcinogenic under the conditions of disposal;
4. Mercury and mercury compounds;
5. Cadmium and cadmium compounds;
6. Persistent plastics and other persistent synthetic materials which may float or remain in suspension in the sea, and which may seriously interfere with fishing or navigation, reduce amenities, or interfere with other legitimate uses of the sea.

Annexe I

Les substances suivantes sont énumérées aux fins de l'Article 5 de la Convention:

1) Composés organohalogénés et composés qui peuvent donner naissance à de telles substances dans l'environnement marin, à l'exclusion de ceux qui ne sont pas toxiques, ou qui se transforment rapidement dans la mer en substances biologiquement inoffensives;

2) Composés organo-siliciés et composés qui peuvent donner naissance à de telles substances dans l'environnement marin, à l'exclusion de ceux qui ne sont pas toxiques ou qui se transforment rapidement dans la mer en substances biologiquement inoffensives;

3) Substances dont il a été convenu entre les Parties Contractantes qu'elles étaient susceptibles d'être cancérigènes étant donné les conditions de leur élimination;

4) Mercure et composés du mercure;

5) Cadmium et composés du cadmium;

6) Plastiques persistants et autres matériaux synthétiques persistants qui peuvent flotter ou rester en suspension dans la mer, et qui peuvent gravement gêner la pêche ou la navigation, diminuer les agréments ou gêner toutes autres utilisations légitimes de la mer.

Anlage I

Folgende Stoffe werden für die Zwecke des Artikels 5 aufgeführt:

1. Organische Halogenverbindungen und Verbindungen, die in der Meeresumwelt derartige Stoffe bilden können, mit Ausnahme solcher Stoffe, die nicht giftig sind oder die im Meer rasch in biologisch unschädliche Stoffe umgewandelt werden;
2. organische Siliciumverbindungen und Verbindungen, die in der Meeresumwelt derartige Stoffe bilden können, mit Ausnahme solcher Stoffe, die nicht giftig sind oder die im Meer rasch in biologisch unschädliche Stoffe umgewandelt werden;
3. Stoffe, die nach übereinstimmender Auffassung der Vertragsparteien unter den Bedingungen ihrer Beseitigung wahrscheinlich krebserregend sind;
4. Quecksilber und Quecksilberverbindungen;
5. Cadmium und Cadmiumverbindungen;
6. beständige Kunststoffe und anderes beständiges synthetisches Material, die im Meer treiben oder schweben können und die ernstlich die Fischerei oder die Schiffahrt beeinträchtigen, die Annehmlichkeiten der Umwelt verringern oder sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeres behindern können.

Annex II

1. The following substances and materials requiring special care are listed for the purposes of Article 6:

a) Arsenic, lead, copper, zinc and their compounds, cyanides and fluorides, and pesticides and their by-products not covered by the provisions of Annex I;

b) Containers, scrap metal, tar-like substances liable to sink to the sea bottom and other bulky wastes which may present a serious obstacle to fishing or navigation;

c) Substances which, though of a non-toxic nature, may become harmful due to the quantities in which they are dumped, or which are liable to seriously reduce amenities.

Annexe II

1) Les substances et matériaux suivants nécessitant une attention particulière sont énumérés aux fins de l'Article 6:

a) Arsenic, plomb, cuivre, zinc et leurs composés, cyanures et fluorures, pesticides et leurs dérivés non visés par les dispositions de l'Annexe I;

b) Conteneurs, ferraille, substances analogues au goudron susceptibles de se déposer au fond de la mer et autres déchets volumineux qui peuvent constituer un obstacle sérieux à la pêche ou à la navigation;

c) Substances qui, bien que non toxiques par nature, peuvent devenir nocives en raison des quantités immergées, ou qui sont de nature à diminuer sensiblement les agréments.

Anlage II

(1) Folgende Stoffe und Gegenstände, die mit besonderer Sorgfalt zu behandeln sind, werden für die Zwecke des Artikels 6 aufgeführt:

a) Arsen, Blei, Kupfer, Zink und ihre Verbindungen, Cyanide und Fluoride sowie Schädlingsbekämpfungsmittel und ihre Nebenprodukte, soweit sie nicht unter Anlage I fallen;

b) Behälter, Schrott, teerähnliche Stoffe, die auf den Meeresboden sinken können, sowie sonstige sperrige Abfälle, welche die Fischerei oder die Schiffahrt ernstlich behindern können;

c) Stoffe, die zwar nicht giftig sind, jedoch wegen der Menge, in der sie eingebracht werden, schädlich wirken können oder welche die Annehmlichkeiten der Umwelt ernstlich verringern können.

2. The substances and materials listed under paragraph 1 (b) above should always be deposited in deep water.

3. In the issuance of permits or approvals for the dumping of large quantities of acids and alkalis, consideration should be given to the possible presence in such wastes of the substances listed in paragraph 1) above.

4. When, in the application of the provisions of Annexes II and III, it is considered necessary to deposit waste in deep water, this should be done only when the following two conditions are both fulfilled:

a) that the depth is not less than 2000 metres,

b) that the distance from the nearest land is not less than 150 nautical miles.

2) Les substances et matériaux énumérés au paragraphe 1 b) ci-dessus devront toujours être immergés en eau profonde.

3) Lorsque les permis ou agréments pour l'immersion de grandes quantités d'acides et de bases sont accordés, il sera tenu compte de la présence éventuelle dans ces déchets de substances énumérées au paragraphe 1) ci-dessus.

4) Lorsque, en application des dispositions des Annexes II et III, il est jugé nécessaire d'immerger des déchets en eau profonde, il ne devra être procédé à cette opération que si les conditions suivantes sont toutes les deux remplies:

a) la profondeur n'est pas inférieure à 2 000 mètres;

b) la distance de la terre la plus proche n'est pas inférieure à 150 milles marins.

(2) Die in Absatz 1 Buchstabe b aufgeführten Stoffe und Gegenstände sollen stets in tiefem Wasser abgesetzt werden.

(3) Bei der Erteilung von Erlaubnissen oder Genehmigungen für das Einbringen großer Mengen von Säuren und Laugen soll das mögliche Vorhandensein der in Absatz 1 aufgeführten Stoffe in diesen Abfällen berücksichtigt werden.

(4) Wird es bei der Anwendung der Anlagen II und III für notwendig erachtet, Abfälle in tiefem Wasser abzusetzen, so soll dies nur geschehen, wenn die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) die Wassertiefe muß mindestens 2 000 Meter betragen;

b) die Entfernung vom nächstgelegenen Land muß mindestens 150 Seemeilen betragen.

Annex III

Provisions governing the issue of permits and approvals for the dumping of wastes at sea.

1. Characteristics of the waste

a) Amount and composition;

b) Amount of substances and materials to be deposited per day (per week, per month);

c) Form in which it is presented for dumping, i. e. whether as a solid, sludge or liquid;

d) Physical (especially solubility and specific gravity), chemical, biochemical (oxygen demand, nutrient production) and biological properties (presence of viruses, bacteria, yeasts, parasites, etc.);

e) Toxicity;

f) Persistence;

g) Accumulation in biological materials or sediments;

h) Chemical and physical changes of the waste after release, including possible formation of new compounds;

i) Probability of production of taints reducing marketability of resources (fish, shellfish, etc.).

2. Characteristics of dumping site and method of deposit

a) Geographical position, depth and distance from coast;

b) Location in relation to living resources in adult or juvenile phases;

Annexe III

Dispositions régissant la délivrance des permis et agréments pour l'immersion des déchets en mer.

1. Caractéristiques des déchets

a) Quantité et composition;

b) Quantité des substances et matériaux devant être immergés par jour (par semaine, par mois);

c) Forme sous laquelle les déchets sont destinés à être immergés, c'est-à-dire solide, boueuse, liquide;

d) Propriétés physiques (en particulier solubilité et densité), chimiques, biochimiques (demande en oxygène, apport nutritif) et biologiques (présence de virus, bactéries, levures, parasites, etc.);

e) Toxicité;

f) Persistance;

g) Accumulation dans les matières ou sédiments biologiques;

h) Transformations chimiques et physiques des déchets après déversement, notamment formation éventuelle de nouveaux composés;

i) Probabilité d'altérations diminuant la possibilité de commercialisation des ressources (poissons, mollusques, etc.).

2. Caractéristiques du lieu d'immersion et méthodes de dépôt

a) Situation géographique, profondeur et distance par rapport à la côte;

b) Emplacement par rapport aux ressources vivantes en phases adultes ou juvéniles;

Anlage III

Bestimmungen über die Erteilung von Erlaubnissen und Genehmigungen für das Einbringen von Abfällen ins Meer.

(1) Eigenschaften der Abfälle

a) Menge und Zusammensetzung;

b) Menge der Stoffe und Gegenstände, die je Tag (je Woche, je Monat) abzusetzen sind;

c) Form, in der die Abfälle zum Einbringen gelangen, d. h. ob fest, schlammförmig oder flüssig;

d) physikalische (insbesondere Löslichkeit und spezifisches Gewicht), chemische, biochemische (Sauerstoffbedarf, Nährleistung) und biologische Eigenschaften (Vorhandensein von Viren, Bakterien, Hefepilzen, Parasiten usw.);

e) Giftigkeit;

f) Beständigkeit;

g) Anreicherung in biologischen Stoffen oder Sedimenten;

h) chemische und physikalische Veränderungen der Abfälle nach dem Freisetzen, einschließlich etwaiger Bildung neuer Verbindungen;

i) Wahrscheinlichkeit von Beeinträchtigungen, welche die Absatzfähigkeit der Schätze (Fische, Weichtiere usw.) verringern.

(2) Eigenschaften des Einbringungsorts und Art des Absetzens

a) Geographische Lage, Wassertiefe und Entfernung von der Küste;

b) Lage im Verhältnis zu lebenden Schätzen in ausgewachsenem oder heranwachsendem Zustand;

c) Location in relation to amenity areas;

d) Methods of packing, if any;

e) Initial dilution achieved by proposed method of release;

f) Dispersal, horizontal transport and vertical mixing characteristics;

g) Existence and effects of current and previous discharges and dumping in the area (including accumulative effects).

3. General considerations and conditions

a) Interference with shipping, fishing, recreation, mineral extraction, desalination, fish and shellfish culture, areas of special scientific importance and other legitimate use of the sea;

b) In applying these principles the practical availability of alternative means of disposal or elimination will be taken into consideration.

c) Emplacement par rapport aux zones d'agrément;

d) Méthodes de conditionnement, le cas échéant;

e) Dilution initiale réalisée par la méthode de décharge proposée;

f) Dispersion, caractéristiques du déplacement horizontal et du brassage vertical;

g) Existence et effets des déversements et immersions en cours et antérieurs dans la région (y compris les effets d'accumulation).

3. Considérations et conditions générales

a) Atteintes portées à la navigation, à la pêche, à la détente, à l'extraction minérale, au dessalement, à la pisciculture et à la conchyliculture, aux régions d'intérêt scientifique particulier et aux autres utilisations légitimes de la mer;

b) Dans l'application de ces principes, il sera tenu compte de l'existence pratique d'autres moyens de destruction ou d'élimination.

c) Lage im Verhältnis zu Erholungsgebieten;

d) gegebenenfalls Art der Verpakkung;

e) Anfangsverdünnung, die durch die geplante Art des Freisetzens erreicht wird;

f) Ausbreitung, Eigenschaften hinsichtlich der waagerechten Fortbewegung und des senkrechten Mischens;

g) Vorhandensein und Wirkung gegenwärtigen und früheren Einleitens und Einbringens in dem Gebiet (einschließlich der Anreicherungswirkung).

(3) **Allgemeine Erwägungen und Bedingungen**

a) Beeinträchtigung der Schiffahrt, der Fischerei, der Erholung, der Gewinnung von Bodenschätzen, der Entsalzung, der Fisch- und Weichtierzucht, der Gebiete von besonderer wissenschaftlicher Bedeutung und der sonstigen rechtmäßigen Nutzung des Meeres;

b) bei der Anwendung dieser Grundsätze wird das praktische Vorhandensein anderer Möglichkeiten der Beseitigung oder Vernichtung berücksichtigt.

Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen

Convention on the Prevention of Marine Pollution by Dumping of Wastes and other Matter

Convention sur la prévention de la pollution des mers résultant de l'immersion de déchets

THE CONTRACTING PARTIES TO THIS CONVENTION,

RECOGNIZING that the marine environment and the living organisms which it supports are of vital importance to humanity, and all people have an interest in assuring that it is so managed that its quality and resources are not impaired;

RECOGNIZING that the capacity of the sea to assimilate wastes and render them harmless, and its ability to regenerate natural resources, is not unlimited;

RECOGNIZING that States have, in accordance with the Charter of the United Nations and the principles of international law, the sovereign right to exploit their own resources pursuant to their own environmental policies, and the responsibility to ensure that activities within their jurisdiction or control do not cause damage to the environment of other States or of areas beyond the limits of national jurisdiction;

RECALLING Resolution 2749 (XXV) of the General Assembly of the United Nations on the principles governing the sea-bed and the ocean floor and the subsoil thereof, beyond the limits of national jurisdiction;

NOTING that marine pollution originates in many sources, such as dumping and discharges through the atmosphere, rivers, estuaries, outfalls and pipelines, and that it is important that States use the best practicable means to prevent such pollution and develop products and processes which

LES PARTIES CONTRACTANTES À LA PRÉSENTE CONVENTION,

RECONNAISSANT que le milieu marin et les organismes vivants qu'il nourrit sont d'une importance capitale pour l'humanité et que l'humanité toute entière a intérêt à veiller à ce que ce milieu soit géré en sorte que ses qualités et ses ressources ne soient pas altérées;

RECONNAISSANT que la capacité de la mer d'assimiler les déchets et de les rendre inoffensifs et ses possibilités de régénérer les ressources naturelles ne sont pas illimitées;

RECONNAISSANT que les États ont, en vertu de la Charte des Nations Unies et des principes du droit international, le droit souverain d'exploiter leurs propres ressources selon leur politique de l'environnement et qu'ils ont le devoir de s'assurer que les activités, exercées dans les limites de leur juridiction ou sous leur contrôle ne causent pas de dommage à l'environnement d'autres États ou de zones situées en dehors des limites de leur juridiction nationale;

RAPPELANT la Résolution 2749 (XXV) de l'Assemblée générale des Nations Unies sur les principes gouvernant les fonds marins et leur sous-sol situés en dehors des limites des juridictions nationales;

CONSTATANT que la pollution marine a des sources multiples, notamment l'immersion, l'évacuation par l'intermédiaire de l'atmosphère, des cours d'eau, des estuaires, des émissaires et des canalisations et qu'il est important que les États utilisent les meilleurs moyens possibles pour pré-

(Übersetzung)

DIE VERTRAGSPARTEIEN DIESES ÜBEREINKOMMENS —

IN DER ERKENNTNIS, daß die Meeresumwelt und die von ihr lebenden Organismen für die Menschheit von lebenswichtiger Bedeutung sind und daß allen Menschen daran gelegen sein muß, sie so zu behandeln, daß ihre Beschaffenheit und ihre Schätze nicht beeinträchtigt werden;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Fähigkeit des Meeres, Abfälle zu assimilieren und unschädlich zu machen, sowie seine Möglichkeiten, die Naturschätze zu regenerieren, nicht unbegrenzt sind;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen und den Völkerrechtsgrundsätzen das souveräne Recht, ihre eigenen Schätze im Rahmen ihrer Umweltpolitik zu nutzen, sowie die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß Maßnahmen, die innerhalb der Grenzen ihres Hoheitsbereichs oder unter ihrer Kontrolle getroffen werden, die Umwelt anderer Staaten oder von Gebieten außerhalb der Grenzen ihres nationalen Hoheitsbereichs nicht schädigen;

EINGEDENK der Entschließung 2749 (XXV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Grundsätze, die für den Meeresboden und den Meeresuntergrund außerhalb der Grenzen des nationalen Hoheitsbereichs gelten;

IN ANBETRACHT DESSEN, daß die Meeresverschmutzung viele Ursachen hat, darunter das Einbringen und das Einleiten durch die Atmosphäre, Flüsse, Flußmündungen, Ausflüsse und Rohrleitungen, und daß es wichtig ist, daß die Staaten möglichst geeignete Maßnahmen zur Verhütung einer derarti-

will reduce the amount of harmful wastes to be disposed of;

BEING CONVINCED that international action to control the pollution of the sea by dumping can and must be taken without delay but that this action should not preclude discussion of measures to control other sources of marine pollution as soon as possible; and

WISHING to improve protection of the marine environment by encouraging States with a common interest in particular geographical areas to enter into appropriate agreements supplementary to this Convention;

HAVE AGREED as follows:

Article I

Contracting Parties shall individually and collectively promote the effective control of all sources of pollution of the marine environment, and pledge themselves especially to take all practicable steps to prevent the pollution of the sea by the dumping of waste and other matter that is liable to create hazards to human health, to harm living resources and marine life, to damage amenities or to interfere with other legitimate uses of the sea.

Article II

Contracting Parties shall, as provided for in the following Articles, take effective measures individually, according to their scientific, technical and economic capabilities, and collectively, to prevent marine pollution caused by dumping and shall harmonize their policies in this regard.

Article III

For the purposes of this Convention:

1. (a) "Dumping" means:

(i) any deliberate disposal at sea of wastes or other matter from vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea;

venir une telle pollution et mettent au point des produits et des procédés qui réduiront la quantité de déchets nuisibles à éliminer;

CONVAINCUES qu'une action internationale de contrôle de la pollution des mers résultant d'opérations d'immersion peut et doit être menée sans tarder, mais que cette action ne doit pas empêcher l'étude de mesures de lutte contre les autres sources de pollution marine dès que possible; et

DÉSIREUSES d'améliorer la protection du milieu marin en encourageant les États ayant des intérêts communs dans des régions géographiques déterminées à conclure des accords appropriés pour compléter la présente Convention;

SONT CONVENUES de ce qui suit:

Article I

Les Parties contractantes chercheront à promouvoir individuellement et collectivement le contrôle effectif de toutes les sources de pollution du milieu marin et s'engagent particulièrement à prendre toutes les mesures possibles pour prévenir la pollution des mers par l'immersion de déchets et d'autres matières susceptibles de mettre en danger la santé de l'homme, de nuire aux ressources biologiques, à la faune et à la flore marines, de porter atteinte aux agréments ou de gêner toutes autres utilisations légitimes de la mer.

Article II

Les Parties contractantes prendront, conformément aux Articles suivants, toutes les mesures appropriées pour prévenir la pollution des mers due à l'immersion, individuellement, selon leurs possibilités scientifiques, techniques et économiques, et collectivement, et ils harmoniseront leurs politiques à cet égard.

Article III

Aux fins de la présente Convention:

1. a. «immersion» signifie:

i. tout rejet délibéré dans la mer de déchets et autres matières à partir de navires, aéronefs, plates-formes ou autres ouvrages placés en mer;

gen Verschmutzung treffen und Erzeugnisse und Verfahren entwickeln, welche die Menge der zu beseitigenden schädlichen Abfälle verringern;

ÜBERZEUGT, daß unverzüglich internationale Vorkehrungen zur Überwachung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen getroffen werden können und müssen, daß diese Vorkehrungen jedoch eine möglichst baldige Prüfung von Maßnahmen zur Überwachung anderer Ursachen der Meeresverschmutzung nicht ausschließen sollen;

IN DEM WUNSCH, den Schutz der Meeresumwelt dadurch zu verbessern, daß Staaten mit gemeinsamen Interessen in bestimmten geographischen Gebieten ermutigt werden, geeignete Übereinkünfte zur Ergänzung dieses Übereinkommens zu schließen, —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel I

Die Vertragsparteien fördern einzeln und gemeinsam die wirksame Überwachung aller Ursachen der Verschmutzung der Meeresumwelt und verpflichten sich insbesondere, alle geeigneten Maßnahmen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und sonstigen Stoffen zu treffen, welche die menschliche Gesundheit gefährden, die lebenden Schätze sowie die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres schädigen, die Annehmlichkeiten der Umwelt beeinträchtigen oder andere rechtmäßige Nutzungen des Meeres behindern könnten.

Artikel II

Die Vertragsparteien treffen nach Maßgabe der folgenden Artikel einzeln im Rahmen ihrer jeweiligen wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten sowie gemeinsam wirksame Maßnahmen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen und stimmen ihre diesbezügliche Politik aufeinander ab.

Artikel III

Im Sinne dieses Übereinkommens haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. a) Der Ausdruck „Einbringen" (dumping) bezeichnet

i) jede auf See erfolgende vorsätzliche Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken aus;

(ii) any deliberate disposal at sea of vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea.

(b) "Dumping" does not include:

(i) the disposal at sea of wastes or other matter incidental to, or derived from the normal operations of vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea and their equipment, other than wastes or other matter transported by or to vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea, operating for the purpose of disposal of such matter or derived from the treatment of such wastes or other matter on such vessels, aircraft, platforms or structures;

(ii) placement of matter for a purpose other than the mere disposal thereof, provided that such placement is not contrary to the aims of this Convention.

(c) The disposal of wastes or other matter directly arising from, or related to the exploration, exploitation and associated off-shore processing of sea-bed mineral resources will not be covered by the provisions of this Convention.

2. "Vessels and aircraft" means waterborne or airborne craft of any type whatsoever. This expression includes air cushioned craft and floating craft, whether self-propelled or not.

3. "Sea" means all marine waters other than the internal waters of States.

4. "Wastes or other matter" means material and substance of any kind, form or description.

5. "Special permit" means permission granted specifically on application in advance and in accordance with Annex II and Annex III.

6. "General permit" means permission granted in advance and in accordance with Annex III.

7. "The Organisation" means the Organisation designated by the Con-

ii. tout sabordage en mer de navires, aéronefs, plates-formes ou autres ouvrages placés en mer.

b. Le terme «immersion» ne vise pas:

i. le rejet en mer de déchets ou autres matières résultant ou provenant de l'exploitation normale de navires, aéronefs, plates-formes et autres ouvrages placés en mer ainsi que leur équipement, à l'exception des déchets ou autres matières transportés par ou transbordés sur des navires, aéronefs, plates-formes ou autres ouvrages placés en mer qui sont utilisés pour l'immersion de ces matières ou provenant du traitement de tels déchets ou autres matières à bord desdits navires, aéronefs, plates-formes ou ouvrages;

ii. le dépôt de matières à des fins autres que leur simple élimination sous réserve qu'un tel dépôt n'est pas incompatible avec l'objet de la présente Convention.

c. Le rejet de déchets ou autres matières provenant directement ou indirectement de l'exploration, de l'exploitation et du traitement en mer des ressources minérales provenant du fond des mers ne relève pas des dispositions de la présente Convention.

2. L'expression «navires et aéronefs» s'entend des véhicules circulant sur l'eau, dans l'eau ou dans les airs, quel qu'en soit le type. Cette expression englobe les véhicules sur coussin d'air et les engins flottants, qu'ils soient autopropulsés ou non.

3. Le terme «mer» s'entend de toutes les eaux marines à l'exception des eaux intérieures des États.

4. L'expression «déchets et autres matières» s'entend des matériaux et substances de tout type, de toute forme et de toute nature.

5. L'expression «permis spécifique» s'entend de l'autorisation accordée dans chaque cas sur demande préalablement présentée, selon les dispositions prévues aux Annexes II et III.

6. L'expression «permis général» s'entend de l'autorisation accordée préalablement selon les dispositions prévues à l'Annexe III.

7. Le terme «Organisation» s'entend de l'institution désignée par les Par-

ii) jede auf See erfolgende vorsätzliche Beseitigung von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen und sonstigen auf See errichteten Bauwerken.

b) Der Ausdruck „Einbringen" umfaßt nicht

i) die auf See erfolgende Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die mit dem normalen Betrieb von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken sowie mit ihrer Ausrüstung zusammenhängen oder davon herrühren, mit Ausnahme von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die durch zur Beseitigung dieser Stoffe betriebene Schiffe, Luftfahrzeuge, Plattformen oder sonstige auf See errichtete Bauwerke befördert oder auf sie verladen werden, sowie von Abfällen und sonstigen Stoffen, die aus der Behandlung solcher Abfälle oder sonstigen Stoffe auf solchen Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder Bauwerken herrühren;

ii) das Absetzen von Stoffen zu einem anderen Zweck als der bloßen Beseitigung, sofern es nicht den Zielen dieses Übereinkommens widerspricht.

c) Die Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die unmittelbar oder mittelbar aus der Erforschung, der Ausbeutung und der damit zusammenhängenden, auf See durchgeführten Verarbeitung von mineralischen Schätzen des Meeresbodens herrühren, fällt nicht unter dieses Übereinkommen.

2. Der Ausdruck „Schiffe und Luftfahrzeuge" bezeichnet Wasserfahrzeuge oder Fluggerät jeder Art. Er umfaßt Luftkissenfahrzeuge und schwimmendes Gerät mit oder ohne Eigenantrieb.

3. Der Ausdruck „Meer" bzw. „See" bezeichnet alle Meeresgewässer mit Ausnahme der inneren Gewässer von Staaten.

4. Der Ausdruck „Abfälle oder sonstige Stoffe" bezeichnet Gegenstände und Stoffe jeder Art, jeder Form und jedes Typs.

5. Der Ausdruck „Sondererlaubnis" bezeichnet die im Einzelfall auf vorherigen Antrag und nach den Anlagen II und III erteilte Genehmigung.

6. Der Ausdruck „allgemeine Erlaubnis" bezeichnet die im voraus und nach Anlage III erteilte Genehmigung.

7. Der Ausdruck „Organisation" bezeichnet die von den Vertragspar-

tracting Parties in accordance with Article XIV (2).

Article IV

1. In accordance with the provisions of this Convention Contracting Parties shall prohibit the dumping of any wastes or other matter in whatever form or condition except as otherwise specified below:

(a) the dumping of wastes or other matter listed in Annex I is prohibited;

(b) the dumping of wastes or other matter listed in Annex II requires a prior special permit;

(c) the dumping of all other wastes or matter requires a prior general permit.

2. Any permit shall be issued only after careful consideration of all the factors set forth in Annex III, including prior studies of the characteristics of the dumping site as set forth in Sections B and C of that Annex.

3. No provision of this Convention is to be interpreted as preventing a Contracting Party from prohibiting, insofar as that Party is concerned, the dumping of wastes or other matter not mentioned in Annex I. That Party shall notify such measures to the Organisation.

Article V

1. The provisions of Article IV shall not apply when it is necessary to secure the safety of human life or of vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea in cases of *force majeure* caused by stress of weather, or in any case which constitutes a danger to human life or a real threat to vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea, if dumping appears to be the only way of averting the threat and if there is every probability that the damage consequent upon such dumping will be less than would otherwise occur. Such dumping shall be so conducted as to minimise the likelihood of damage to human or marine life and shall be reported forthwith to the Organisation.

2. A Contracting Party may issue a special permit as an exception to Ar-

ties contractantes conformément aux dispositions de l'Article XIV paragraphe 2.

Article IV

1. Conformément aux dispositions de la présente Convention, chaque Partie contractante interdira l'immersion de tous déchets ou autres matières sous quelque forme et dans quelque condition que ce soit, en se conformant aux dispositions ci-dessous:

a. l'immersion de tous déchets ou autres matières énumérés à l'Annexe I est interdite;

b. l'immersion de déchets et autres matières énumérés à l'Annexe II est subordonnée à la délivrance préalable d'un permis spécifique;

c. l'immersion de tous autres déchets et matières est subordonnée à la délivrance préalable d'un permis général.

2. Aucun permis ne sera délivré sans examen attentif de tous les facteurs énumérés à l'Annexe III, y compris l'étude préalable des caractéristiques du lieu de l'immersion conformément aux sections B et C de ladite annexe.

3. Aucune des dispositions de la présente Convention ne sera interprétée comme empêchant une Partie contractante d'interdire, en ce qui la concerne, l'immersion de déchets et autres matières non mentionnés à l'Annexe I. Ladite Partie notifiera de telles mesures d'interdiction à l'Organisation.

Article V

1. Les dispositions de l'article IV ne s'appliquent pas lorsqu'il est nécessaire d'assurer la sauvegarde de la vie humaine ou la sécurité de navires, aéronefs, plates-formes ou autres ouvrages en mer dans les cas de force majeure dus à des intempéries ou à toutes autres causes et qui mettent en péril des vies humaines ou qui constituent une menace directe pour un navire, un aéronef, une plate-forme ou d'autres ouvrages en mer, sous réserve que l'immersion apparaisse comme le seul moyen de faire face à la menace et qu'elle entraîne, selon toute probabilité, des dommages moins graves qu'ils ne le seraient sans le recours à ladite immersion. L'immersion se fera de façon à réduire au minimum les risques d'atteinte à la vie humaine ainsi qu'à la faune et à la flore marines et elle sera notifiée sans délai à l'Organisation.

2. Une Partie contractante peut délivrer un permis spécifique en déro-

teien nach Artikel XIV Absatz 2 bezeichnete Organisation.

Artikel IV

(1) Nach Maßgabe dieses Übereinkommens verbieten die Vertragsparteien das Einbringen aller Abfälle oder sonstigen Stoffe, gleichviel in welcher Form oder unter welchen Bedingungen, sofern nicht nachstehend etwas anderes bestimmt ist:

a) Das Einbringen der in Anlage I aufgeführten Abfälle oder sonstigen Stoffe ist verboten;

b) das Einbringen der in Anlage II aufgeführten Abfälle oder sonstigen Stoffe bedarf einer vorherigen Sondererlaubnis;

c) das Einbringen aller sonstigen Abfälle oder Stoffe bedarf einer vorherigen allgemeinen Erlaubnis.

(2) Eine Erlaubnis wird erst nach sorgfältiger Prüfung aller in Anlage III aufgeführten Faktoren einschließlich einer vorherigen Untersuchung der Eigenschaften des Einbringungsorts nach den Abschnitten B und C jener Anlage erteilt.

(3) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es eine Vertragspartei, soweit sie selbst betroffen ist, das Einbringen von in Anlage I nicht genannten Abfällen oder sonstigen Stoffen zu verbieten. Die Vertragspartei notifiziert derartige Maßnahmen der Organisation.

Artikel V

(1) Artikel IV findet keine Anwendung, wenn es notwendig ist, die Sicherheit von Menschenleben oder von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken im Fall höherer Gewalt auf Grund von Schlechtwetter oder in Fällen, die eine Gefahr für Menschenleben oder eine unmittelbare Bedrohung von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken darstellen, zu gewährleisten, wenn das Einbringen als einzige Möglichkeit zur Abwendung der Bedrohung erscheint und wenn der aus dem Einbringen entstehende Schaden aller Wahrscheinlichkeit nach geringer ist als der Schaden, der sonst eintreten würde. Dieses Einbringen ist so durchzuführen, daß das Risiko der Schädigung von Menschenleben oder der Tier- und Pflanzenwelt des Meeres möglichst gering gehalten wird, und ist umgehend der Organisation zu melden.

(2) Eine Vertragspartei kann abweichend von Artikel IV Absatz 1 Buch-

ticle IV (1) (a), in emergencies, posing unacceptable risk relating to human health and admitting no other feasible solution. Before doing so the Party shall consult any other country or countries that are likely to be affected and the Organisation which, after consulting other Parties, and international organisations as appropriate, shall in accordance with Article XIV promptly recommend to the Party the most appropriate procedures to adopt. The Party shall follow these recommendations to the maximum extent feasible consistent with the time within which action must be taken and with the general obligation to avoid damage to the marine environment and shall inform the Organisation of the action it takes. The Parties pledge themselves to assist one another in such situations.

3. Any Contracting Party may waive its rights under paragraph (2) at the time of, or subsequent to ratification of, or accession to this Convention.

gation à l'Article IV paragraphe 1 alinéa a dans des cas d'urgence qui présentent des risques inacceptables pour la santé de l'homme et pour lesquels aucune autre solution n'est possible. Avant de ce faire, la Partie consultera tout autre ou tous autres pays qui pourraient en être affectés ainsi que l'Organisation qui, après avoir consulté les autres Parties et organismes internationaux concernés, recommandera dans les meilleurs délais à la Partie les procédures les plus appropriées à adopter, conformément aux dispositions prévues à l'Article XIV. La Partie suivra ces recommandations dans toute la mesure du possible en fonction du temps dont elle dispose pour prendre les mesures nécessaires et compte tenu de l'obligation générale d'éviter de causer des dommages au milieu marin; elle informera l'Organisation des mesures qu'elle aura prises. Les Parties s'engagent à se prêter mutuellement assistance en de telles circonstances.

3. Une Partie contractante peut renoncer à ses droits aux termes du paragraphe 2 au moment de la ratification ou de l'adhésion à la présente Convention ou postérieurement.

stabe a in Notlagen, die unzumutbare Gefahren für die menschliche Gesundheit bilden und keine andere Entscheidung zulassen, eine Sondererlaubnis erteilen. Zuvor konsultiert die Vertragspartei jedes andere Land oder alle anderen Länder, die wahrscheinlich betroffen werden, sowie die Organisation, die nach Konsultierung anderer Vertragsparteien und gegebenenfalls internationaler Organisationen der Vertragspartei nach Artikel XIV umgehend eine Empfehlung erteilt, wie am besten zu verfahren sei. Die Vertragspartei befolgt diese Empfehlungen, soweit dies innerhalb der für die notwendigen Maßnahmen verfügbaren Zeit und im Rahmen der allgemeinen Verpflichtung, eine Schädigung der Meeresumwelt zu vermeiden, möglich ist, und teilt der Organisation die von ihr getroffenen Maßnahmen mit. Die Vertragsparteien verpflichten sich zu gegenseitiger Hilfeleistung in derartigen Fällen.

(3) Jede Vertragspartei kann auf ihre Rechte nach Absatz 2 bei oder nach der Ratifikation dieses Übereinkommens oder dem Beitritt dazu verzichten.

Article VI

1. Each Contracting Party shall designate an appropriate authority or authorities to:

(a) issue special permits which shall be required prior to, and for, the dumping of matter listed in Annex II and in the circumstances provided for in Article V (2);

(b) issue general permits which shall be required prior to, and for, the dumping of all other matter;

(c) keep records of the nature and quantities of all matter permitted to be dumped and the location, time and method of dumping;

(d) monitor individually, or in collaboration with other Parties and competent International Organisations, the condition of the seas for the purposes of this Convention.

2. The appropriate autority or authorities of a Contracting Party shall issue prior special or general permits in accordance with paragraph (1) in respect of matter intended for dumping:

(a) loaded in its territory;

(b) loaded by a vessel or aircraft registered in its territory or flying its

Article VI

1. Chaque Partie contractante désigne une ou plusieurs autorités compétentes pour:

a. délivrer les permis spécifiques qui seront exigés préalablement à l'immersion des matières énumérées à l'Annexe II et dans les circonstances définies à l'article V paragraphe 2;

b. délivrer les permis généraux qui seront exigés préalablement à l'immersion de toutes les autres matières;

c. enregistrer la nature et les quantités de toutes les matières dont l'immersion est autorisée, ainsi que le lieu, la date et la méthode d'immersion;

d. surveiller individuellement ou en collaboration avec d'autres Parties et les organismes internationaux compétents l'état des mers aux fins de la présente Convention.

2. La ou les autorités compétentes d'une Partie contractante délivreront les permis généraux ou spécifiques préalables conformément aux dispositions du paragraphe 1 ci-dessus pour les matières destinées à l'immersion:

a. chargées sur son territoire;

b. chargées par un navire ou un aéronef enregistré sur son territoire ou

Artikel VI

(1) Jede Vertragspartei bezeichnet eine oder mehrere zuständige Behörden

a) für die Erteilung von Sondererlaubnissen, die vor Einbringen der in Anlage II aufgeführten Stoffe unter den in Artikel V Absatz 2 vorgesehenen Umständen erforderlich sind;

b) für die Erteilung allgemeiner Erlaubnisse, die vor Einbringen aller sonstigen Stoffe erforderlich sind;

c) für das Führen von Unterlagen über Art und Menge aller mit Erlaubnis eingebrachten Stoffe sowie über den Ort, die Zeit und die Methode des Einbringens;

d) für die ständige Überwachung des Zustands des Meeres für die Zwecke dieses Übereinkommens, die sie entweder allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Vertragsparteien und zuständigen internationalen Organisationen durchführen.

(2) Die zuständige Behörde oder Behörden einer Vertragspartei erteilen vorherige Sonder- oder allgemeine Erlaubnisse nach Absatz 1 für Stoffe, die zum Einbringen bestimmt sind und die

a) in ihrem Hoheitsgebiet geladen werden;

b) von einem in ihrem Hoheitsgebiet eingetragenen oder ihre Flagge

flag, when the loading occurs in the territory of a State not party to this Convention.

3. In issuing permits under subparagraphs (1) (a) and (b) above, the appriopriate authority or authorities shall comply with Annex III, together with such additional criteria, measures and requirements as they may consider relevant.

4. Each Contracting Party, directly or through a Secretariat established under a regional agreement, shall report to the Organisation, and where appropriate to other Parties, the information specified in subparagraphs (c) and (d) of paragraph (1) above, and the criteria, measures and requirements it adopts in accordance with paragraph (3) above. The procedure to be followed and the nature of such reports shall be agreed by the Parties in consultation.

battant son pavillon, lorsque ce chargement a lieu sur le territoire d'un État non Partie à la présente Convention.

3. Dans la délivrance des permis prévus aux paragraphe 1 alinéas a et b ci-dessus, la ou les autorités compétentes se conforment aux dispositions de l'Annexe III, ainsi qu'aux critères, mesures et conditions supplémentaires qu'elles jugeraient pertinents.

4. Chaque Partie contractante communique, directement ou par l'intermédiaire d'un secrétariat établi par accord régional, à l'Organisation et le cas échéant, aux autres Parties, les renseignements visés aux alinéas c et d du paragraphe 1 ci-dessus, ainsi que les critères, mesures et conditions qu'elle adopte conformément au paragraphe 3 ci-dessus. La procédure à suivre et la nature de ces notifications sont convenues par consultation entre les Parties.

führenden Schiff oder Luftfahrzeug im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaats geladen werden.

(3) Bei der Erteilung von Erlaubnissen nach Absatz 1 Buchstaben a und b befolgen die zuständige Behörde oder Behörden Anlage III und solche zusätzlichen Kriterien, Maßnahmen und Bedingungen, die sie als zweckdienlich ansehen.

(4) Jede Vertragspartei teilt der Organisation und gegebenenfalls anderen Vertragsparteien unmittelbar oder durch ein auf Grund einer regionalen Übereinkunft errichtetes Sekretariat die in Absatz 1 Buchstaben c und d bezeichneten Informationen sowie die Kriterien, Maßnahmen und Bedingungen mit, die sie nach Absatz 3 aufstellt. Das dabei anzuwendende Verfahren und die Art dieser Mitteilungen werden von den Vertragsparteien im Wege der Konsultation vereinbart.

Article VII

1. Each Contracting Party shall apply the measures required to implement the present Convention to all:

(a) vessels and aircraft registered in its territory or flying its flag;

(b) vessels and aircraft loading in its territory or territorial seas matter which is to be dumped;

(c) vessels and aircraft and fixed or floating platforms under its jurisdiction believed to be engaged in dumping.

2. Each Party shall take in its territory appropriate measures to prevent and punish conduct in contravention of the provisions of this Convention.

3. The Parties agree to co-operate in the development of procedures for the effective application of this Convention particularly on the high seas, including procedures for the reporting of vessels and aircraft observed dumping in contravention of the Convention.

4. This Convention shall not apply to those vessels and aircraft entitled to sovereign immunity under international law. However each Party shall ensure by the adoption of appropriate measures that such vessels and aircraft owned or operated by it act in a manner consistent with the object and purpose of this Conven-

Article VII

1. Chaque Partie contractante applique les mesures requises pour la mise en œuvre de la présente Convention à tous:

a. les navires et aéronefs immatriculés sur son territoire ou battant son pavillon;

b. les navires et aéronefs chargeant sur son territoire ou dans ses eaux territoriales des matières qui doivent être immergées;

c. les navires, aéronefs et plates-formes fixes ou flottantes relevant de sa juridiction et présumés effectuer des opérations d'immersion.

2. Chaque Partie prend sur son territoire les mesures appropriées pour prévenir et réprimer les actes contraires aux dispositions de la présente Convention.

3. Les Parties conviennent de coopérer à l'élaboration de procédures en vue de la mise en œuvre effective de la présente Convention, particulièrement en haute mer, y compris de procédures pour signaler des navires et aéronefs observés alors qu'ils se livrent à des opérations d'immersion en contravention des dispositions de la présente Convention.

4. La présente Convention ne s'applique pas aux navires et aéronefs jouissant de l'immunité d'État qui leur est conférée par le droit international. Néanmoins chaque Partie, par l'adoption de mesures appropriées, veille à ce que de tels navires et aéronefs dont elle est propriétaire ou utilisatrice agissent de manière con-

Artikel VII

(1) Jede Vertragspartei wendet die zur Durchführung dieses Übereinkommens erforderlichen Maßnahmen an

a) auf alle Schiffe und Luftfahrzeuge, die in ihrem Hoheitsgebiet eingetragen sind oder ihre Flagge führen;

b) auf alle Schiffe und Luftfahrzeuge, die in ihrem Hoheitsgebiet oder Küstenmeer Stoffe zum Zweck des Einbringens laden;

c) auf alle Schiffe und Luftfahrzeuge sowie feste oder schwimmende Plattformen in ihrem Hoheitsbereich, von denen ein Einbringen angenommen wird.

(2) Jede Vertragspartei trifft in ihrem Hoheitsgebiet geeignete Maßnahmen zur Verhütung und Bestrafung von Verstößen gegen dieses Übereinkommen.

(3) Die Vertragsparteien kommen überein, bei der Entwicklung von Verfahren zur wirksamen Anwendung dieses Übereinkommens, insbesondere auf Hoher See, einschließlich von Verfahren zur Meldung von Schiffen und Luftfahrzeugen zusammenzuarbeiten, die beim entgegen diesem Übereinkommen erfolgenden Einbringen beobachtet worden sind.

(4) Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Schiffe und Luftfahrzeuge, denen nach dem Völkerrecht Staatenimmunität zusteht. Jedoch stellt jede Vertragspartei durch geeignete Maßnahmen sicher, daß derartige ihr gehörende oder von ihr betriebene Schiffe und Luftfahrzeuge in Übereinstimmung mit Ziel

tion, and shall inform the Organisation accordingly.

5. Nothing in this Convention shall affect the right of each Party to adopt other measures, in accordance with the principles of international law, to prevent dumping at sea.

forme aux buts et objectifs de la présente Convention et informe l'Organisation en conséquence.

5. Aucune des dispositions de la présente Convention ne porte atteinte au droit de chaque Partie d'adopter d'autres mesures, conformément aux principes du droit international, pour prévenir l'immersion en mer.

und Zweck dieses Übereinkommens handeln, und macht der Organisation entsprechende Mitteilung.

(5) Dieses Übereinkommen läßt das Recht jeder Vertragspartei zur Anwendung sonstiger den Völkerrechtsgrundsätzen entsprechender Maßnahmen zur Verhütung des Einbringens ins Meer unberührt.

Article VIII

In order to further the objectives of this Convention, the Contracting Parties with common interests to protect in the marine environment in a given geographical area shall endeavour, taking into account characteristic regional features, to enter into regional agreements consistent with this Convention for the prevention of pollution, especially by dumping. The Contracting Parties to the present Convention shall endeavour to act consistently with the objectives and provisions of such regional agreements, which shall be notified to them by the Organisation. Contracting Parties shall seek to co-operate with the Parties to regional agreements in order to develop harmonized procedures to be followed by Contracting Parties to the different conventions concerned. Special attention shall be given to co-operation in the field of monitoring and scientific research.

Article VIII

Afin de promouvoir les objectifs de la présente Convention, les Parties contractantes ayant des intérêts communs à protéger dans le milieu marin d'une zone géographique donnée s'efforceront, compte tenu des caractéristiques régionales, de conclure des accords régionaux compatibles avec la présente Convention en vue de prévenir la pollution, particulièrement celle due à l'immersion. Les Parties à la présente Convention s'efforceront d'agir en accord avec les objectifs et les dispositions de ces accords régionaux qui leur seront communiqués par l'Organisation. Les Parties contractantes s'efforceront de collaborer avec les Parties aux accords régionaux en vue d'harmoniser des procédures destinées à être suivies par les Parties contractantes aux diverses conventions. Une attention particulière sera accordée à la coopération dans le domaine de la surveillance et de la recherche scientifique.

Artikel VIII

Zur Förderung der Ziele dieses Übereinkommens bemühen sich Vertragsparteien mit gemeinsamen schutzbedürftigen Interessen in der Meeresumwelt eines bestimmten geographischen Gebiets, unter Berücksichtigung charakteristischer regionaler Merkmale im Einklang mit diesem Übereinkommen regionale Übereinkünfte zur Verhütung der Verschmutzung, insbesondere durch das Einbringen, zu schließen. Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens bemühen sich, in Übereinstimmung mit den Zielen und Bestimmungen derartiger regionaler Übereinkünfte zu handeln, die ihnen von der Organisation mitgeteilt werden. Die Vertragsparteien werden bestrebt sein, mit den Vertragsparteien regionaler Übereinkünfte zusammenzuarbeiten, um für die Vertragsparteien der verschiedenen in Frage kommenden Übereinkünfte verbindliche abgestimmte Verfahren zu entwickeln. Der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der ständigen Überwachung und der wissenschaftlichen Forschung ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Article IX

The Contracting Parties shall promote, through collaboration within the Organisation and other international bodies, support for those Parties which request it for:

(a) the training of scientific and technical personnel;

(b) the supply of necessary equipment and facilities for research and monitoring;

(c) the disposal and treatment of waste and other measures to prevent or mitigate pollution caused by dumping;

preferably within the countries concerned, so furthering the aims and purposes of this Convention.

Article IX

Les Parties contractantes facilitent, par leur collaboration au sein de l'Organisation et d'autres organismes internationaux, l'assistance aux Parties qui en font la requête en matière de:

a. formation du personnel scientifique et technique;

b. fourniture des équipements et moyens nécessaires à la recherche et à la surveillance;

c. destruction et traitement des déchets et toutes autres mesures de prévention ou d'atténuation de la pollution due à l'immersion;

de préférence à l'égard des pays intéressés, agissant ainsi dans le sens des buts et objectifs de la présente Convention.

Artikel IX

Die Vertragsparteien fördern durch Zusammenarbeit innerhalb der Organisation und anderer internationaler Gremien die Unterstützung derjenigen Vertragsparteien, die Hilfe beantragen bei

a) der Ausbildung wissenschaftlichen und technischen Personals;

b) der Lieferung der erforderlichen Ausrüstungen und Einrichtungen für Forschung und ständige Überwachung;

c) der Beseitigung und Behandlung von Abfällen und bei sonstigen Maßnahmen zur Verhütung oder Verminderung der durch das Einbringen verursachten Verschmutzung,

vorzugsweise innerhalb der betreffenden Länder, um dadurch die Ziele und Zwecke dieses Übereinkommens zu fördern.

Article X

In accordance with the principles of international law regarding State responsibility for damage to the envi-

Article X

En accord avec les principes du droit international relatifs à la responsabilité des États en matière de dom-

Artikel X

Im Einklang mit den Völkerrechtsgrundsätzen über die Haftung von Staaten für Schäden an der Umwelt

ronment of other States or to any other area of the environment, caused by dumping of wastes and other matter of all kinds, the Contracting Parties undertake to develop procedures for the assessment of liability and the settlement of disputes regarding dumping.

mages causés à l'environnement d'autres États ou à tout autre secteur de l'environnement par l'immersion de déchets ou autres matières de toute sorte les Parties contractantes entreprendront l'élaboration de procédures pour la détermination des responsabilités et pour le règlement des différends en ce qui concerne l'immersion.

anderer Staaten oder an anderen Umweltbereichen, die durch das Einbringen von Abfällen und sonstigen Stoffen aller Art verursacht worden sind, verpflichten sich die Vertragsparteien, Verfahren zur Feststellung der Haftung und zur Beilegung von Streitigkeiten über das Einbringen zu entwickeln.

Article XI

The Contracting Parties shall at their first consultative meeting consider procedures for the settlement of disputes concerning the interpretation and application of this Convention.

Article XI

Les Parties contractantes, lors de leur première réunion consultative, examineront les procédures de règlement des différends concernant l'interprétation et l'application de la présente Convention.

Artikel XI

Die Vertragsparteien prüfen auf ihrer ersten Konsultationssitzung Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung dieses Übereinkommens.

Article XII

The Contracting Parties pledge themselves to promote, within the competent specialised agencies and other international bodies, measures to protect the marine environment against pollution caused by:

(a) hydrocarbons, including oil, and their wastes;

(b) other noxious or hazardous matter transported by vessels for purposes other than dumping;

(c) wastes generated in the course of operation of vessels, aircraft, platforms and other man-made structures at sea;

(d) radio-active pollutants from all sources, including vessels;

(e) agents of chemical and biological warfare;

(f) wastes or other matter directly arising from, or related to the exploration, exploitation and associated off-shore processing of seabed mineral resources.

The Parties will also promote, within the appropriate international organisation, the codification of signals to be used by vessels engaged in dumping.

Article XII

Les Parties contractantes s'engagent à promouvoir, dans le cadre des institutions spécialisées compétentes et d'autres organismes internationaux, des mesures de protection du milieu marin contre la pollution provoquée par:

a. les hydrocarbures, y compris les produits pétroliers, et leurs résidus;

b. les autres matières nuisibles ou dangereuses transportées par des navires à des fins autres que l'immersion;

c. les déchets résultant de l'exploitation des navires, aéronefs, plates-formes et autres ouvrages placés en mer;

d. les polluants radioactifs de toute origine, y compris des navires;

e. les agents destinés à la guerre biologique et chimique;

f. les déchets ou autres matières provenant directement ou indirectement de l'exploration, de l'exploitation et du traitement en mer des ressources minérales provenant du fond des mers.

Les Parties s'efforceront également de promouvoir, au sein de l'organisation internationale appropriée, la codification des signaux qui seront adoptés par les navires utilisés pour l'immersion.

Artikel XII

Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Rahmen der zuständigen Sonderorganisationen und anderer internationaler Gremien Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt gegen Verschmutzung durch folgende Stoffe zu treffen:

a) Kohlenwasserstoffe, einschließlich Öl, und ihre Abfälle;

b) sonstige von Schiffen zu anderen Zwecken als zum Einbringen beförderte schädliche oder gefährliche Stoffe;

c) Abfälle, die durch den Betrieb von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen und sonstigen auf See errichteten Bauwerken entstehen;

d) radioaktive Schmutzstoffe jeglichen Ursprungs, einschließlich derjenigen aus Reaktorschiffen;

e) Agenzien der chemischen und biologischen Kriegführung;

f) Abfälle oder sonstige Stoffe, die unmittelbar oder mittelbar aus der Erforschung, der Ausbeutung und der damit zusammenhängenden, auf See durchgeführten Verarbeitung der Schätze des Meeresbodens herrühren.

Die Vertragsparteien fördern außerdem im Rahmen der zuständigen internationalen Organisation die Kodifizierung von Signalen, die von Schiffen während des Einbringens zu setzen sind.

Article XIII

Nothing in this Convention shall prejudice the codification and development of the law of the sea by the United Nations Conference on the Law of the Sea convened pursuant to Resolution 2750 C (XXV) of the General Assembly of the United Nations nor the present or future claims and legal views of any State concerning the law of the sea and the nature and extent of coastal and flag State juris-

Article XIII

Aucune disposition de la présente Convention ne préjuge la codification et l'élaboration du droit de la mer par la Conférence des Nations Unies sur le droit de la mer convoquée en vertu de la résolution 2750 C (XXV) de l'Assemblée générale des Nations Unies ni les revendications et positions juridiques présentes ou futures de tout État touchant le droit de la mer et la nature et l'étendue de sa juridiction

Artikel XIII

Dieses Übereinkommen greift der Kodifizierung und Entwicklung des Seerechts durch die mit Entschließung 2750 C (XXV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen einberufene Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen sowie den gegenwärtigen oder künftigen Ansprüchen und Rechtsauffassungen eines Staates über das Seerecht und die Art und Ausdehnung der Hoheitsgewalt eines

diction. The Contracting Parties agree to consult at a meeting to be convened by the Organisation after the Law of the Sea Conference, and in any case not later than 1976, with a view to defining the nature and extent of the right and the responsibility of a coastal State to apply the Convention in a zone adjacent to its coast.

côtière et de la juridiction qu'il exerce sur les navires battant son pavillon. Les Parties contractantes conviennent de se consulter lors d'une réunion qui sera convoquée par l'Organisation postérieurement à la Conférence sur le droit de la mer et en tout cas au plus tard en 1976 en vue de définir la nature et l'étendue des droits et obligations d'un État côtier quant à l'application des dispositions de la Convention dans une zone adjacente à ses côtes.

Küsten- oder Flaggenstaats nicht vor. Die Vertragsparteien kommen überein, auf einer von der Organisation nach der Seerechtskonferenz, spätestens jedoch 1976, einzuberufenden Sitzung Konsultationen zur Abgrenzung der Art und Ausdehnung der Rechte und Pflichten eines Küstenstaats hinsichtlich der Anwendung des Übereinkommens in einer an seine Küste angrenzenden Zone durchzuführen.

Article XIV

1. The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland as a depositary shall call a meeting of the Contracting Parties not later than three months after the entry into force of this Convention to decide on organisational matters.

2. The Contracting Parties shall designate a competent Organisation existing at the time of that meeting to be responsible for Secretariat duties in relation to this Convention. Any Party to this Convention not being a member of this Organisation shall make an appropriate contribution to the expenses incurred by the Organisation in performing these duties.

3. The Secretariat duties of the Organisation shall include:

(a) the convening of consultative meetings of the Contracting Parties not less frequently than once every two years and of special meetings of the Parties at any time on the request of two-thirds of the Parties;

(b) preparing and assisting, in consultation with the Contracting Parties and appropriate International Organisations, in the development and implementation of procedures referred to in subparagraph 4 (e) of this Article;

(c) considering enquiries by, and information from the Contracting Parties, consulting with them and with the appropriate International Organisations, and providing recommendations to the Parties on questions related to, but not specifically covered by the Convention;

(d) conveying to the Parties concerned all notifications received by the Organisation in accordance with Articles IV (3), V (1) and (2), VI (4), XV, XX and XXI.

Article XIV

1. Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, en tant que dépositaire, convoque une réunion des Parties contractantes au plus tard trois mois après l'entrée en vigueur de la présente Convention pour décider des questions d'organisation.

2. Les Parties contractantes désignent une Organisation compétente existant au moment de la réunion prévue au paragraphe précédent qui sera chargée des fonctions de secrétariat relatives à la présente Convention. Toute Partie à la présente Convention qui ne serait pas membre de l'Organisation participe dans une mesure appropriée aux frais que supporte l'Organisation dans l'exercice de ces fonctions.

3. Les fonctions du Secrétariat de l'Organisation consistent notamment en:

a. la convocation de réunions consultatives des Parties contractantes au moins une fois tous les deux ans et de réunions spéciales des Parties à tout moment, à la demande des deux tiers des Parties;

b. la préparation et l'assistance, en consultation avec les Parties contractantes et les organismes internationaux compétents, pour l'élaboration et la mise en œuvre des procédures mentionnées au paragraphe 4 alinéa e du présent article;

c. l'examen de demandes d'information et de renseignements émanant des Parties contractantes, les consultations avec lesdites Parties et avec les organismes internationaux compétents et la communication des recommandations aux Parties sur les questions qui sont liées à la présente Convention sans être spécifiquement visées par elle;

d. la communication aux Parties intéressées de toutes les notifications reçues par l'Organisation conformément aux dispositions des articles IV paragraphe 3, V paragraphes 1 et 2, VI paragraphe 4, XV, XX et XXI.

Artikel XIV

(1) Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland als Verwahrer beraumt spätestens drei Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens eine Sitzung der Vertragsparteien zur Entscheidung von Organisationsfragen an.

(2) Die Vertragsparteien bezeichnen eine zur Zeit jener Sitzung bestehende zuständige Organisation, die für Sekretariatsarbeiten im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen verantwortlich ist. Jede Vertragspartei dieses Übereinkommens, die nicht Mitglied dieser Organisation ist, leistet einen angemessenen Beitrag zu den Kosten, die der Organisation durch die Wahrnehmung dieser Aufgaben entstehen.

(3) Die Sekretariatsaufgaben der Organisation umfassen

a) die Anberaumung von mindestens zweijährlichen Konsultationssitzungen der Vertragsparteien und von Sondersitzungen der Vertragsparteien, sooft zwei Drittel der Vertragsparteien dies beantragen;

b) in Konsultation mit den Vertragsparteien und geeigneten internationalen Organisationen durchzuführende Vorarbeiten und Unterstützung bei der Entwicklung und Anwendung der in Absatz 4 Buchstabe e bezeichneten Verfahren;

c) die Bearbeitung von Anfragen und Mitteilungen der Vertragsparteien, die Durchführung von Konsultationen mit den Vertragsparteien und geeigneten internationalen Organisationen und die Erteilung von Empfehlungen an die Vertragsparteien zu Fragen, die mit diesem Übereinkommen zusammenhängen, jedoch nicht ausdrücklich von ihm erfaßt sind;

d) die Übermittlung aller bei der Organisation nach Artikel IV Absatz 3, Artikel V Absätze 1 und 2, Artikel VI Absatz 4, Artikel XV, XX und XXI eingegangenen Notifikationen an die beteiligten Vertragsparteien.

Prior to the designation of the Organisation these functions shall, as necessary, be performed by the depositary, who for this purpose shall be the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

4. Consultative or special meetings of the Contracting Parties shall keep under continuing review the implementation of this Convention and may, *inter alia*:

(a) review and adopt amendments to this Convention and its Annexes in accordance with Article XV;

(b) invite the appropriate scientific body or bodies to collaborate with and to advise the Parties or the Organisation on any scientific or technical aspect relevant to this Convention, including particularly the content of the Annexes;

(c) receive and consider reports made pursuant to Article VI (4);

(d) promote co-operation with and between regional organisations concerned with the prevention of marine pollution;

(e) develop or adopt, in consultation with appropriate International Organisations, procedures referred to in Article V (2), including basic criteria for determining exceptional and emergency situations, and procedures for consultative advice and the safe disposal of matter in such circumstances, including the designation of appropriate dumping areas, and recommend accordingly;

(f) consider any additional action that may be required.

5. The Contracting Parties at their first consultative meeting shall establish rules of procedure as necessary.

Article XV

1. (a) At meetings of the Contracting Parties called in accordance with Article XIV amendments to this Convention may be adopted by a two-thirds majority of those present. An amendment shall enter into force for the Parties which have accepted it on the sixtieth day after two-thirds of the Parties shall have deposited an instrument of acceptance of the amendment with the Organisation. Thereafter the amendment shall enter into force for any other Party 30 days after

Avant la désignation de l'Organisation, ces fonctions seront, le cas échéant, assurées par l'un des dépositaires, en l'occurrence le gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

4. Lors des réunions consultatives ou spéciales, les Parties contractantes procèdent à un examen constant de la mise en œuvre de la présente Convention et peuvent notamment:

a. réviser la présente Convention et ses Annexes et adopter des amendements conformément aux dispositions de l'article XV;

b. inviter le ou les organismes scientifiques compétents à collaborer avec les Parties ou l'Organisation et à les conseiller sur tout aspect scientifique ou technique ayant trait à la présente Convention, en particulier au contenu des Annexes;

c. recevoir et étudier les rapports établis en vertu de l'article VI paragraphe 4;

d. favoriser la coopération avec et entre les organisations régionales intéressées par la prévention de la pollution marine;

e. élaborer ou adopter, en consultation avec les organismes internationaux compétents, les procédures visées à l'article V paragraphe 2, y compris les critères fondamentaux relatifs à la définition des cas exceptionnels et d'urgence, ainsi que les procédures d'avis consultatif et d'évacuation en toute sûreté des matières dans de tels cas, y compris la désignation de zones appropriées d'immersion, et formuler toutes recommandations dans ce sens;

f. étudier toute mesure supplémentaire éventuellement requise.

5. Au cours de leur première réunion consultative, les Parties adopteront le règlement intérieur nécessaire.

Article XV

1. a. Lors des réunions des Parties contractantes convoquées en vertu des dispositions de l'article XIV les amendements à la présente Convention sont adoptés à la majorité des deux tiers des Parties présentes. Un amendement entre en vigueur pour les Parties qui l'ont approuvé le soixantième jour après que les deux tiers des Parties ont déposé un instrument d'approbation de l'amendement auprès de l'Organisation. Par la suite, l'amendement entrera en vi-

Vor Bezeichnung der Organisation werden diese Aufgaben nach Bedarf von dem Verwahrer wahrgenommen, zu dem für diese Zwecke die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland bestimmt wird.

(4) Auf den Konsultations- oder Sondersitzungen nehmen die Vertragsparteien eine laufende Überprüfung der Durchführung dieses Übereinkommens vor und können insbesondere

a) dieses Übereinkommen und seine Anlagen überprüfen und nach Artikel XV Änderungen beschließen;

b) einzelne oder mehrere geeignete wissenschaftliche Gremien zur Zusammenarbeit mit den Vertragsparteien oder der Organisation und zu ihrer Beratung über alle für dieses Übereinkommen einschließlich seiner Anlagen wesentliche wissenschaftliche oder technische Fragen einladen;

c) die nach Artikel VI Absatz 4 vorgelegten Berichte entgegennehmen und prüfen;

d) die Zusammenarbeit mit und zwischen den mit der Verhütung der Meeresverschmutzung befaßten regionalen Organisationen fördern;

e) in Konsultation mit geeigneten internationalen Organisationen die in Artikel V Absatz 2 bezeichneten Verfahren, einschließlich der grundlegenden Kriterien für die Feststellung von Ausnahme- oder Notlagen, sowie Verfahren für Konsultationen und die sichere Beseitigung von Stoffen in derartigen Fällen, einschließlich der Bezeichnung geeigneter Einbringungsgebiete, entwickeln oder beschließen und entsprechende Empfehlungen abgeben;

f) alle sonstigen etwa erforderlichen Maßnahmen erwägen.

(5) Soweit erforderlich, geben sich die Vertragsparteien auf ihrer ersten Konsultationssitzung eine Geschäftsordnung.

Artikel XV

(1) a) Auf nach Artikel XIV anberaumten Sitzungen der Vertragsparteien können Änderungen dieses Übereinkommens mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Vertragsparteien beschlossen werden. Eine Änderung tritt für die Vertragsparteien, die sie angenommen haben, am sechzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem zwei Drittel der Vertragsparteien eine Urkunde zur Annahme der Änderung bei der Organisation hinterlegt haben. Danach tritt die Änderung für

that Party deposits its instrument of acceptance of the amendment.

(b) The Organisation shall inform all Contracting Parties of any request made for a special meeting under Article XIV and of any amendments adopted at meetings of the Parties and of the date on which each such amendment enters into force for each Party.

(2) Amendments to the Annexes will be based on scientific or technical considerations. Amendments to the Annexes approved by a two-thirds majority of those present at a meeting called in accordance with Article XIV shall enter into force for each Contracting Party immediately on notification of its acceptance to the Organisation and 100 days after approval by the meeting for all other Parties except for those which before the end of the 100 days make a declaration that they are not able to accept the amendment at that time. Parties should endeavour to signify their acceptance of an amendment to the Organisation as soon as possible after approval at a meeting. A Party may at any time substitute an acceptance for a previous declaration of objection and the amendment previously objected to shall thereupon enter into force for that Party.

(3) An acceptance or declaration of objection under this Article shall be made by the deposit of an instrument with the Organisation. The Organisation shall notify all Contracting Parties of the receipt of such instruments.

(4) Prior to the designation of the Organisation, the Secretarial functions herein attributed to it, shall be performed temporarily by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, as one of the depositaries of this Convention.

Article XVI

This Convention shall be open for signature by any State at London, Mexico City, Moscow and Washington from 29 December 1972 until 31 December 1973.

Article XVII

This Convention shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the

gueur pour toute autre Partie le trentième jour qui suivra le dépôt de son instrument d'approbation dudit amendement.

b. L'Organisation informe toutes les Parties de toute demande de réunion spéciale faite en vertu des dispositions de l'article XIV et de tout amendement adopté aux réunions des Parties ainsi que de la date à laquelle de tels amendements entreront en vigueur pour chaque Partie.

2. Les amendements aux annexes seront fondés sur des considérations d'ordre scientifique ou technique. Les amendements aux annexes approuvés par une majorité des deux tiers des Parties présentes au cours d'une réunion convoquée selon les dispositions prévues à l'article XIV prendront immédiatement effet pour chaque Partie contractante lors de la notification de son approbation à l'Organisation, et ils prendront effet cent jours après adoption par la réunion pour toutes les autres Parties, sauf pour celles qui auront déclaré avant le terme de ce delai de cent jours n'être pas en mesure d'accepter l'amendement à ce moment. Les Parties s'efforceront de notifier à l'Organisation leur approbation d'un amendement aussitôt que possible après son adoption par la réunion. Toute Partie peut à tout moment remplacer une déclaration d'opposition par une déclaration d'approbation et l'amendement qui faisait antérieurement l'objet de ladite opposition entre alors en vigueur pour cette Partie.

3. Toute approbation ou déclaration d'opposition au titre du présent article s'effectue par le dépôt d'un instrument auprès de l'Organisation. L'Organisation notifie à toutes les Parties contractantes la réception desdits instruments.

4. Avant la désignation de l'Organisation, les fonctions administratives qui lui sont confiées par la présente Convention seront assurées temporairement par le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, en tant que l'un des dépositaires de la présente Convention.

Article XVI

La présente Convention sera ouverte à la signature de tout État à Londres, Mexico, Moscou et Washington du 29 décembre 1972 au 31 décembre 1973.

Article XVII

La présente Convention sera soumise à ratification. Les instruments de ratification seront déposés auprès

jede andere Vertragspartei dreißig Tage nach Hinterlegung ihrer Urkunde zur Annahme der Änderung in Kraft.

b) Die Organisation unterrichtet alle Vertragsparteien von jedem nach Artikel XIV gestellten Antrag auf eine Sondersitzung und von jeder auf Sitzungen der Vertragsparteien beschlossenen Änderung sowie von dem Tag, an dem diese Änderung für jede Vertragspartei in Kraft tritt.

(2) Änderungen der Anlagen gründen sich auf wissenschaftliche oder technische Erwägungen. Änderungen der Anlagen, die von einer Zweidrittelmehrheit der auf einer nach Artikel XIV anberaumten Sitzung anwesenden Vertragsparteien beschlossen worden sind, treten für jede Vertragspartei in Kraft, sobald ihre Annahme der Organisation notifiziert worden ist; für alle anderen Vertragsparteien mit Ausnahme derjenigen, die vor Ablauf von einhundert Tagen eine Erklärung abgeben, daß sie die Änderung derzeit nicht annehmen können, tritt sie einhundert Tage nach Beschluß durch die Sitzung in Kraft. Die Vertragsparteien sollen sich bemühen, der Organisation ihre Annahme einer Änderung so bald wie möglich nach Beschluß durch die Sitzung anzuzeigen. Eine Vertragspartei kann die Ablehnung der Annahme jederzeit durch eine Annahme ersetzen; damit tritt die vorher abgelehnte Änderung für diese Vertragspartei in Kraft.

(3) Eine Annahme oder Ablehnung der Annahme auf Grund dieses Artikels erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde bei der Organisation. Diese notifiziert allen Vertragsparteien den Eingang einer derartigen Urkunde.

(4) Vor Bezeichnung der Organisation werden die ihr hiermit übertragenen Sekretariatsaufgaben vorübergehend von der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland als einem der Verwahrer dieses Übereinkommens wahrgenommen.

Artikel XVI

Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten vom 29. Dezember 1972 bis zum 31. Dezember 1973 in London, Mexiko-Stadt, Moskau und Washington zur Unterzeichnung auf.

Artikel XVII

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden bei den Regierungen

Governments of Mexico, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America.

des Gouvernements des États-Unis d'Amérique, du Mexique, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, et de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques.

Mexikos, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt.

Article XVIII

After 31 December 1973, this Convention shall be open for accession by any State. The instruments of accession shall be deposited with the Governments of Mexico, the Union of Soviet Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America.

Article XVIII

La présente Convention, après le 31 décembre 1973, sera ouverte à l'adhésion de tout État. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès des Gouvernements des États-Unis d'Amérique, du Mexique, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, et de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques.

Artikel XVIII

Nach dem 31. Dezember 1973 liegt dieses Übereinkommen für alle Staaten zum Beitritt auf. Die Beitrittsurkunden werden bei den Regierungen Mexikos, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt.

Article XIX

1. This Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession.

2. For each Contracting Party ratifying or acceding to the Convention after the deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day after deposit by such Party of its instrument of ratification or accession.

Article XIX

1. La présente Convention entrera en vigueur le trentième jour qui suivra la date du dépôt du quinzième instrument de ratification ou d'adhésion.

2. Pour chacune des Parties contractantes qui ratifiera la Convention ou y adhérera après le dépôt du quinzième instrument de ratification ou d'adhésion, la Convention entrera en vigueur le trentième jour après le dépôt par cette Partie de son instrument de ratification ou d'adhésion.

Artikel XIX

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der fünfzehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jede Vertragspartei, die das Übereinkommen nach Hinterlegung der fünfzehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beitritt, tritt es am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch die betreffende Vertragspartei in Kraft.

Article XX

The depositaries shall inform Contracting Parties:

(a) of signatures to this Convention and of the deposit of instruments of ratification, accession or withdrawal, in accordance with Articles XVI, XVII, XVIII and XXI, and

(b) of the date on which this Convention will enter into force, in accordance with Article XIX.

Article XX

Les dépositaires aviseront les Parties contractantes:

a. des signatures de la présente Convention et du dépôt des instruments de ratification, d'adhésion et de dénonciation conformément aux Articles XVI, XVII, XVIII et XXI, et

b. de la date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur, en application de l'Article XIX.

Artikel XX

Die Verwahrer unterrichten die Vertragsparteien

a) von jeder Unterzeichnung dieses Übereinkommens und von jeder Hinterlegung einer Ratifikations-, Beitritts- oder Kündigungsurkunde nach den Artikeln XVI, XVII, XVIII und XXI sowie

b) von dem Tag, an dem dieses Übereinkommen nach Artikel XIX in Kraft tritt.

Article XXI

Any Contracting Party may withdraw from this Convention by giving six months' notice in writing to a depositary, which shall promptly inform all Parties of such notice.

Article XXI

Toute Partie contractante pourra dénoncer la présente Convention moyennant un préavis écrit de six mois adressé à l'un des dépositaires qui en avisera immédiatement toutes les Parties.

Artikel XXI

Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist durch eine an einen Verwahrer gerichtete schriftliche Anzeige kündigen; der Verwahrer unterrichtet umgehend alle Vertragsparteien.

Article XXII

The original of this Convention of which the English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Governments of Mexico, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of

Article XXII

L'original de la présente Convention, dont les textes en anglais, espagnol, français et russe font également foi, est déposée auprès des Gouvernements des États-Unis d'Amérique, du Mexique, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de l'Union des Républiques Socia-

Artikel XXII

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei den Regierungen von Mexiko, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nord-

America who shall send certified copies thereof to all States.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorised thereto by their respective Governments have signed the present Convention.

DONE in quadruplicate at London, Mexiko City, Moscow and Washington, this twenty-ninth day of December 1972.

Annex I

1. Organohalogen compounds.
2. Mercury and mercury compounds.
3. Cadmium and cadmium compounds.
4. Persistent plastics and other persistent synthetic materials, for example, netting and ropes, which may float or may remain in suspension in the sea in such a manner as to interfere materially with fishing, navigation or other legitimate uses of the sea.
5. Crude oil, fuel oil, heavy diesel oil, and lubricating oils, hydraulic fluids, and any mixtures containing any of these, taken on board for the purpose of dumping.
6. High-level radio-active wastes or other high-level radio-active matter, defined on public health, biological or other grounds, by the competent international body in this field, at present the International Atomic Energy Agency, as unsuitable for dumping at sea.
7. Materials in whatever form (e. g. solids, liquids, semi-liquids, gases or in a living state) produced for biological and chemical warfare.
8. The preceding paragraphs of this Annex do not apply to substances which are rapidly rendered harmless by physical, chemical or biological processes in the sea provided they do not:
   (i) make edible marine organisms unpalatable, or
   (ii) endanger human health or that of domestic animals.

listes Soviétiques, qui en transmettent des copies certifiées conformes à tous les États.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires soussignés, dûment habilités à cet effet par leurs gouvernements respectifs, apposent leur signature à la présente Convention.

FAIT en quatre exemplaires à Londres, Mexico, Moscou et Washington, le vingt-neuf décembre 1972.

Annexe I

1. Les composés organohalogénés.
2. Le mercure et ses composés.
3. Le cadmium et ses composés.
4. Les plastiques non destructibles et autres matières synthétiques non destructibles, par exemple les filets et les cordages, susceptibles de flotter ou de rester en suspension dans la mer de telle façon qu'ils constituent une gêne matérielle à la pêche, la navigation ou aux autres utilisations légitimes de la mer.
5. Le pétrole brut, le fuel, le carburant diesel lourd et les huiles de graissage, les fluides hydrauliques ainsi que les mélanges contenant ces produits chargés à bord pour être immergés.
6. Les déchets fortement radioactifs et autres matières fortement radioactives définies par l'organisme international compétent en la matière, actuellement l'Agence internationale de l'énergie atomique, comme impropres à l'immersion en raison de leurs effets sur la santé humaine, la biologie ou dans d'autres domaines.
7. Les matières produits pour la guerre biologique et chimique sous quelque forme que ce soit (solide, liquide, semi-liquide, gazeuse ou vivante).
8. Les paragraphes 1 à 7 de la présente Annexe ne s'appliquent pas aux substances qui sont rapidement rendues inoffensives dans la mer par des processus physiques, chimiques ou biologiques, pourvu
   i. qu'ils n'altèrent pas le goût des organismes marins comestibles, ou
   ii. qu'ils ne présentent pas de danger pour la vie de l'homme ni des animaux domestiques.

irland und der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermitteln allen Staaten beglaubigte Abschriften.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu London, Mexiko-Stadt, Moskau und Washington am 29. Dezember 1972 in vier Urschriften.

Anlage I

1. Organische Halogenverbindungen.
2. Quecksilber und Quecksilberverbindungen.
3. Cadmium und Cadmiumverbindungen.
4. Beständige Kunststoffe und anderes beständiges synthetisches Material, z. B. Netze und Seile, die im Meer so treiben oder schweben können, daß sie die Fischerei, die Schiffahrt oder sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeres wesentlich behindern.
5. Rohöl, Heizöl, schweres Dieselöl und Schmieröle, hydraulische Flüssigkeiten und einen dieser Stoffe enthaltende Gemische, die zum Zweck des Einbringens an Bord genommen werden.
6. Hochgradig radioaktive Abfälle oder sonstige hochgradig radioaktive Stoffe, die aus gesundheitlichen, biologischen oder sonstigen Gründen von dem dafür zuständigen internationalen Gremium, zur Zeit der Internationalen Atomenergie-Organisation, als ungeeignet für das Einbringen ins Meer bezeichnet sind.
7. Stoffe in jeglicher Form (z. B. fest, flüssig, halbflüssig, gasförmig oder lebend), die für die biologische und chemische Kriegsführung hergestellt worden sind.
8. Die vorstehenden Absätze gelten nicht für Stoffe, die durch physikalische, chemische oder biologische Prozesse im Meer rasch unschädlich gemacht werden, sofern sie nicht
   (i) den Geschmack eßbarer Meereslebewesen beeinträchtigen oder
   (ii) die menschliche Gesundheit oder die Gesundheit von Haustieren gefährden.

The consultative procedure provided for under Article XIV should be followed by a Party if there is doubt about the harmlessness of the substance.

9. This Annex does not apply to wastes or other materials (e. g. sewage sludges and dredged spoils) containing the matters referred to in paragraphs 1—5 above as trace contaminants. Such wastes shall be subject to the provisions of Annexes II and III as appropriate.

En cas de doute sur l'innocuité d'une substance, la Partie concernée aura recours à la procédure consultative prévue à l'Article XIV.

9. La présente Annexe ne s'applique pas aux déchets et autres matières, tels les boues d'égout et les déblais de dragage, qui contiennent les substances définies aux paragraphes 1 à 5 ci-dessus à l'état de contaminants en traces. L'immersion de ces déchets est soumise aux dispositions des Annexes II et III selon le cas.

Das in Artikel XIV vorgesehene Konsultationsverfahren sollte angewendet werden, sobald eine Vertragspartei Zweifel an der Unschädlichkeit des Stoffes hat.

9. Diese Anlage gilt nicht für Abfälle oder sonstige Stoffe (z. B. Abwasserschlamm oder Baggergut), welche die in den Absätzen 1 bis 5 bezeichneten Stoffe als Spurenverunreinigungen enthalten. Auf diese Abfälle findet Anlage II bzw. Anlage III Anwendung.

Annex II

The following substances and materials requiring special care are listed for the purposes of Article VI (1) (a).

A. Wastes containing significant amounts of the matters listed below:

arsenic, lead, copper, zinc } and their compounds
organosilicon compounds
cyanides
fluorides
pesticides and their by-products not covered in Annex I.

B. In the issue of permits for the dumping of large quantities of acids and alkalis, consideration shall be given to the possible presence in such wastes of the substances listed in paragraph A and to the following additional substances:

beryllium, chromium, nickel, vanadium } and their compounds

C. Containers, scrap metal and other bulky wastes liable to sink to the sea bottom which may present a serious obstacle to fishing or navigation.

D. Radio-active wastes or other radioactive matter not included in Annex I. In the issue of permits for the dumping of this matter, the Contracting Parties should take full account of the recommendations of the competent international body in this field, at present the International Atomic Energy Agency.

Annexe II

Les substances et matières dont l'immersion nécessite des précautions spéciales sont énumérées ci-après aux fins de l'Article VI paragraphe 1 alinéa a.

A. Les déchets contenant des quantités notables des matières ci-après:

arsenic, plomb, cuivre, zinc } et leurs composés
composés organosiliciés
cyanures
fluorures
pesticides et sous-produits de pesticides non visés à l'Annexe I.

B. Pour la délivrance de permis en vue de l'immersion de grandes quantités d'acides et de bases, il sera tenu compte de la présence éventuelle dans ces déchets des substances énumérées au paragraphe A et des autres substances ci-après:

béryllium, chrome, nickel, vanadium } et leurs composés

C. Les conteneurs, les déchets métalliques et autres déchets volumineux susceptibles d'être déposés au fond de la mer et de constituer un sérieux obstacle à la pêche ou à la navigation.

D. Les déchets radioactifs ou autres matières radioactives non comprises à l'Annexe I. Pour la délivrance des permis d'immersion de ces matières les Parties contractantes tiennent dûment compte des recommandations de l'organisme international compétent en la matière, actuellement l'Agence internationale de l'énergie atomique.

Anlage II

Folgende Stoffe und Gegenstände, die mit besonderer Sorgfalt zu behandeln sind, werden für die Zwecke des Artikels VI Absatz 1 Buchstabe a aufgeführt.

A. Abfälle, die bedeutende Mengen folgender Stoffe enthalten:

Arsen, Blei, Kupfer, Zink } und ihre Verbindungen
organische Siliciumverbindungen
Cyanide
Fluoride
Schädlingsbekämpfungsmittel und ihre Nebenprodukte, soweit sie nicht unter Anlage I fallen.

B. Bei der Erteilung von Erlaubnissen für das Einbringen großer Mengen von Säuren und Laugen ist das mögliche Vorhandensein der in Abschnitt A aufgeführten Stoffe und folgender zusätzlicher Stoffe zu berücksichtigen:

Beryllium, Chrom, Nickel, Vanadium } und ihre Verbindungen

C. Behälter, Schrott und sonstige sperrige Abfälle, welche auf den Meeresboden sinken und die Fischerei oder die Schiffahrt ernstlich behindern können.

D. Radioaktive Abfälle oder sonstige radioaktive Stoffe, die nicht in Anlage I aufgeführt sind. Bei der Erteilung von Erlaubnissen für das Einbringen dieser Stoffe sollen die Vertragsparteien die Empfehlungen des dafür zuständigen internationalen Gremiums, zur Zeit der Internationalen Atomenergie-Organisation, in vollem Umfang berücksichtigen.

Annex III

Provisions to be considered in establishing criteria governing the issue of permits for the dumping of matter at sea, taking into account Article IV (2), include:

A. — Characteristics and composition of the matter

1. Total amount and average composition of matter dumped (e. g. per year).
2. Form, e. g. solid, sludge, liquid, or gaseous.
3. Properties: physical (e. g. solubility and density), chemical and biochemical (e. g. oxygen demand, nutrients) and biological (e. g. presence of viruses, bacteria, yeasts, parasites).
4. Toxicity.
5. Persistence: physical, chemical and biological.
6. Accumulation and biotransformation in biological materials or sediments.
7. Susceptibility to physical, chemical and biochemical changes and interaction in the aquatic environment with other dissolved organic and inorganic materials.
8. Probability of production of taints or other changes reducing marketability of resources (fish, shellfish, etc.).

B. — Characteristics of dumping site and method of deposit

1. Location (e. g. co-ordinates of the dumping area, depth and distance from the coast), location in relation to other areas (e. g. amenity areas, spawning, nursery and fishing areas and exploitable resources).
2. Rate of disposal per specific period (e. g. quantity per day, per week, per month).
3. Methods of packaging and containment, if any.
4. Initial dilution achieved by proposed method of release.
5. Dispersal characteristics (e. g. effects of currents, tides and wind on horizontal transport and vertical mixing).
6. Water characteristics (e. g. temperature, pH, salinity, stratification, oxygen indices of pollution—dis-

Annexe III

Les dispositions qui doivent être prise en considération pour établir les critères régissant la délivrance des autorisations d'immersion de matières, suivant les dispositions de l'Article IV paragraphe 2, sont notamment les suivantes:

A. Caractéristiques et composition de la matière

1. Quantité totale immergée et composition moyenne de la matière (par exemple, par an).
2. Forme, par exemple solide, boueuse, liquide ou gazeuse.
3. Propriétés physiques (telles que solubilité et densité), chimiques et biochimiques (telles que demande en oxygène, éléments nutritifs) et biologiques (telles que présence de virus, bactéries, levures, parasites).
4. Toxicité.
5. Persistance: physique, chimique et biologique.
6. Accumulation et transformation biologique dans les matières et sédiments biologiques.
7. Sensibilité aux transformations physiques, chimiques et biochimiques et interaction dans le milieu aquatique avec d'autres matières organiques et inorganiques dissoutes.
8. Probabilité de contamination et autres altérations diminuant la valeur commerciale des ressources marines (poissons, mollusques et crustacés, etc.).

B. Caractéristiques du lieu d'immersion et méthode de dépôt

1. Emplacement (coordonnées de la zone d'immersion, profondeur et distance des côtes), situation par rapport à d'autres emplacements (tels que zones d'agrément, de frai, de culture et de pêche, et ressources exploitables).
2. Cadence d'évacuation de la matière (par exemple, quotidienne, hebdomadaire, mensuelle).
3. Méthodes d'emballage et de conditionnement, le cas échéant.
4. Dilution initiale réalisée par la méthode de décharge proposée.
5. Caractéristiques de dispersion (telles qu'effets des courants, des marées et du vent sur le déplacement horizontal et le brassage vertical).
6. Caractéristiques de l'eau (telles que température, pH, salinité, stratification, indices de pollution: notam-

Anlage III

Bei der Aufstellung von Kriterien für die Erteilung von Erlaubnissen für das Einbringen von Stoffen ins Meer nach Maßgabe des Artikels IV Absatz 2 sind insbesondere folgende Faktoren zu berücksichtigen:

A. Eigenschaften und Zusammensetzung der Stoffe

1. Gesamtmenge und durchschnittliche Zusammensetzung der eingebrachten Stoffe (z. B. pro Jahr).
2. Form, z. B. fest, schlammförmig, flüssig oder gasförmig.
3. Eigenschaften: physikalische (z. B. Löslichkeit und Dichte), chemische und biochemische (z. B. Sauerstoffbedarf, Nährstoffe) und biologische (z. B. Vorhandensein von Viren, Bakterien, Hefepilzen, Parasiten).
4. Giftigkeit.
5. Beständigkeit: physikalische, chemische und biologische.
6. Anreicherung und biologische Umwandlung in biologischen Stoffen oder Sedimenten.
7. Anfälligkeit für physikalische, chemische und biochemische Veränderungen und Wechselwirkung mit anderen gelösten organischen und anorganischen Stoffen in der Wasserumwelt.
8. Wahrscheinlichkeit von Beeinträchtigungen oder sonstigen Veränderungen, welche die Absatzfähigkeit der Schätze (Fische, Weichtiere usw.) verringern.

B. Eigenschaften des Einbringungsorts und Art des Absetzens

1. Lage (z. B. Koordinaten des Einbringungsgebiets, Wassertiefe und Entfernung von der Küste), Lage im Verhältnis zu anderen Gebieten (z. B. Erholungsgebieten, Laich-, Aufzucht- und Fischereigebieten sowie nutzbaren Schätzen).
2. Beseitigungsrate (z. B. Menge je Tag, Woche, Monat).
3. Gegebenenfalls Art der Verpakkung und des Behälters.
4. Anfangsverdünnung, die durch die geplante Art des Freisetzens erreicht wird.
5. Ausbreitungseigenschaften (z. B. Wirkung von Strömungen, Gezeiten und Wind auf die waagerechte Fortbewegung und das senkrechte Mischen).
6. Wassereigenschaften (z. B. Temperatur, pH-Wert, Salzgehalt, Schichtung, Sauerstoffanzeichen für Ver-

solved oxygen (DO), chemical oxygen demand (COD), biochemical oxygen demand (BOD)—nitrogen present in organic and mineral form including ammonia, suspended matter, other nutrients and productivity).

7. Bottom characteristics (e. g. topography, geochemical and geological characteristics and biological productivity).

8. Existence and effects of other dumpings which have been made in the dumping area (e. g. heavy metal background reading and organic carbon content).

9. In issuing a permit for dumping, Contracting Parties should consider whether an adequate scientific basis exists for assessing the consequences of such dumping, as outlined in this Annex, taking into account seasonal variations.

C. — General considerations and conditions

1. Possible effects on amenities (e. g. presence of floating or stranded material, turbidity, objectionable odour, discolouration and foaming).

2. Possible effects on marine life, fish and shellfish culture, fish stocks and fisheries, seaweed harvesting and culture.

3. Possible effects on other uses of the sea (e. g. impairment of water quality for industrial use, underwater corrosion of structures, interference with ship operations from floating materials, interference with fishing or navigation through deposit of waste or solid objects on the sea floor and protection of areas of special importance for scientific or conservation purposes).

4. The practical availability of alternative land-based methods of treatment, disposal or elimination, or of treatment to render the matter less harmful for dumping at sea.

Technical Memorandum of Agreement of the Conference

The Conference agreed, on the advise of the Technical Working Party, that for a period of five years from

ment oxygène dissous (OD), demande biochimique en oxygène (DBO), demande chimique en oxygène (DCO), présence d'azote sous forme organique ou minérale et notamment présence d'ammoniaque, de matières en suspension, autres matières nutritives, productivité).

7. Caractéristiques du fond (telles que topographie, caractéristiques géochimiques et géologiques, productivité biologique).

8. Existence et effets d'autres immersions pratiquées dans la zone d'immersion (par exemple, relevés indiquant la présence de métaux lourds et teneur en carbone organique).

9. Lors de la délivrance d'un permis d'immersion, les Parties contractantes s'efforcent de déterminer s'il existe une base scientifique d'évaluation des conséquences de l'immersion comme indiqué dans cette annexe, en tenant compte également des variations saisonnières.

C. Considérations et circonstances générales

1. Effets éventuels sur les zones d'agrément (tels que présence de matériaux flottants ou échoués, turbidité, odeurs désagréables, décoloration, écume).

2. Effets éventuels sur la faune et la flore marines, la pisciculture et la conchyliculture, les réserves poissonnières et les pêcheries, la récolte et la culture d'algues.

3. Effets éventuels sur les autres utilisations de la mer (tels que altération de la qualité de l'eau pour des usages industriels, corrosion sous-marine des ouvrages en mer, perturbations du fonctionnement des navires par les matières flottantes, entraves à la pêche et à la navigation dues au dépôt de déchets ou d'objets solides sur le fond de la mer et protection de zones d'une importance particulière du point de vue scientifique ou de la conservation).

4. Possibilités pratiques de recourir sur la terre ferme à d'autres méthodes de traitement, de rejet ou d'élimination, ou à des traitements réduisant la nocivité des matières avant leur immersion en mer.

Mémorandum technique de la Conférence

La Conférence est convenue, sur l'avis du Groupe de travail technique, que pendant une période de cinq an-

schmutzung — gelöster Sauerstoff (GS), chemischer Sauerstoffbedarf (CSB), biochemischer Sauerstoffbedarf (BSB) — in organischer und anorganischer Form vorhandener Stickstoff einschließlich Ammoniak, schwebende Teilchen, sonstige Nährstoffe und Produktivität).

7. Eigenschaften des Meeresbodens (z. B. Topographie, geochemische und geologische Eigenschaften und biologische Produktivität).

8. Vorhandensein und Wirkung früheren Einbringens in dem Einbringungsgebiet (z. B. Schwermetallwerte und Gehalt an organischem Kohlenstoff).

9. Bei der Erteilung einer Erlaubnis zum Einbringen sollen die Vertragsparteien unter Berücksichtigung jahreszeitlicher Veränderungen prüfen, ob eine ausreichende wissenschaftliche Grundlage für die Beurteilung der Folgen dieses Einbringens nach Maßgabe dieser Anlage vorhanden ist.

C. Allgemeine Erwägungen und Bedingungen

1. Mögliche Auswirkung auf Annehmlichkeiten der Umwelt (z. B. Vorhandensein treibender oder angetriebener Stoffe, Trübung, unangenehmer Geruch, Verfärbung und Schaumbildung).

2. Mögliche Auswirkung auf die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres, Fisch- und Weichtierzucht, Fischbestände und Fischerei, Algenernte und -zucht.

3. Mögliche Auswirkung auf sonstige Nutzungen des Meeres (z. B. Beeinträchtigung der Qualität des Wassers für industrielle Zwecke, Unterwasserkorrosion von Bauwerken, Behinderung des Schiffsbetriebs durch treibende Gegenstände, Behinderung der Fischerei oder Schiffahrt durch das Absetzen von Abfällen oder festen Gegenständen auf dem Meeresboden und Schutz der Gebiete, die von besonderer Bedeutung für wissenschaftliche Zwecke oder Zwecke der Erhaltung sind.

4. Praktische Möglichkeiten der anderweitigen Behandlung, Beseitigung oder Vernichtung an Land oder der Behandlung der Stoffe vor ihrem Einbringen ins Meer zur Verringerung ihrer Schädlichkeit.

Technisches Memorandum der Konferenz

Die Konferenz kam auf Anraten der Technischen Arbeitsgruppe überein, daß fünf Jahre lang vom Tag des In-

the date when the present Convention comes into effect, wastes containing small quantities of inorganic compounds of mercury and cadmium, solidified by integration into concrete, may be approximately classified as wastes containing these substances as trace contaminants as mentioned in paragraph 9 of Annex I to the Convention but in these circumstances such wastes may be dumped only in depths of not less than 3500 metres in conditions which would cause no harm to the marine environment and its living resources. When the Convention comes into effect, this method of disposal, which will be used for not longer than five years, will be subject to the relevant provisions of Article XIV (4).

nées à dater de l'entrée en vigueur de la présente Convention, les déchets contenant de faibles quantités de composés inorganiques de mercure et de cadmium, solidifiées par intégration dans le béton, peuvent être rangés en première approximation dans la catégorie des déchets contenant ces substances sous forme de contaminants à l'état de traces, dont il est fait mention au paragraphe 9 de l'Annexe I de la Convention. Toutefois, dans de tels cas, les déchets en question ne peuvent être immergés qu' à une profondeur d'au moins 3500 mètres dans des conditions qui ne sont pas nuisibles au milieu marin et à ses ressources biologiques.

Lors de l'entrée en vigueur de la Convention, cette méthode de rejet, qui ne sera pas utilisée pendant plus de cinq ans, sera soumise aux dispositions applicables de l'Article XIV paragraphe 4.

krafttretens dieses Übereinkommens an Abfälle, die fest in Beton eingebettete geringe Mengen anorganischer Quecksilber- und Cadmiumverbindungen enthalten, in etwa als Abfälle eingestuft werden können, die diese Stoffe als Spurenverunreinigungen im Sinne des Absatzes 9 der Anlage I des Übereinkommens enthalten; in solchen Fällen dürfen jedoch diese Abfälle nur in Wassertiefen von mindestens 3 500 Meter unter Bedingungen eingebracht werden, welche die Meeresumwelt und ihre lebenden Schätze nicht schädigen. Sobald das Übereinkommen in Kraft tritt, unterliegt diese Beseitigungsmethode, die nicht länger als fünf Jahre angewendet werden darf, den entsprechenden Bestimmungen des Artikels XIV Absatz 4.

Denkschrift zu den Übereinkommen

I. Allgemeines

Die Übereinkommen schaffen auf regionaler (Oslo-Übereinkommen vom 15. Februar 1972) und weltweiter (London-Übereinkommen vom 29. Dezember 1972) Ebene einheitliche Regeln für die notwendige Kontrolle der Meeresverschmutzung durch Abfälle und andere Stoffe, die von Schiffen und Luftfahrzeugen ins Meer eingebracht und eingeleitet werden. Derartige Einbringungen und Einleitungen erfolgen in verstärktem Maße, seit die Beseitigung der Abfallmengen an Land zunehmend schwieriger wird.

Eine wirksame Bekämpfung der durch die Einbringung und Einleitung von schädlichen Stoffen verursachten Meeresverschmutzung ist wegen der den Staaten auf der Hohen See lediglich in beschränktem Umfang zustehenden Hoheitsbefugnisse nur auf der Grundlage völkerrechtlicher Übereinkommen möglich. Das von der Bundesrepublik Deutschland durch Gesetz vom 21. September 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 1089) ratifizierte Übereinkommen vom 29. April 1958 über die Hohe See enthält in Artikel 24 und 25 zwar auch Bestimmungen über die Reinhaltung des Meeres. Sie regeln aber die Einbringung schädlicher Stoffe nur allgemein und unvollständig. Das sich daraus ergebende Erfordernis detaillierter und umfassender Bestimmungen hatte die Bundesregierung bereits erkannt, als im Jahre 1968 die Entwurfsarbeiten zu dem Gesetz vom 21. September 1972 begannen. Zu diesem Zeitpunkt gab es jedoch noch keine erkennbaren Bemühungen für eine internationale Regelung dieser Materie. Daher wurde in das Gesetz eine Ermächtigung für die Bundesregierung aufgenommen, durch Rechtsverordnung Maßnahmen gegen die Meeresverschmutzung durch Einbringen und Einleiten von Abfällen zu treffen; diese Verordnungsermächtigung hatte allerdings nur den Charakter einer vorweggenommenen Maßnahme.

Die Bundesregierung hat gleichzeitig internationale Verhandlungen angeregt und an dem Zustandekommen der Übereinkommen von Oslo und London maßgeblich mitgewirkt. Ihre Ausarbeitung und Ratifikation gehört zu den Maßnahmen, die die Bundesregierung in ihrem Umweltprogramm als vordringlich bezeichnet hat (BT-Drucksache VI/2710 S. 39 ff., Anlage zu VI/2710 S. 179 ff.).

II. Besonderes

A. Oslo-Übereinkommen vom 15. Februar 1972

Das am 7. April 1974 völkerrechtlich in Kraft getretene Übereinkommen gliedert sich in 27 Artikel, von denen die Artikel 1 bis 15 und 19 die sachlichen Vorschriften, die Artikel 16 bis 18 die Vorschriften über die Einrichtung und Arbeitsweise der in Durchführung des Übereinkommens einzurichtenden Kommission und die Artikel 20 bis 27 die Schlußklauseln enthalten. Ferner sind drei Anlagen Bestandteil des Übereinkommens (vgl. Artikel 5 bis 7). Die Anlagen zählen listenmäßig Stoffe auf, deren Einbringung oder Einleitung in das Meer entweder völlig verboten ist (Anlage I) oder nur mit einer besonderen Einzelfallerlaubnis erfolgen darf (Anlage II), und nennen Kriterien, die bei der Erteilung von Einbringungserlaubnissen zu beachten sind (Anlage III).

1. Übereinkommen

Zu Artikel 1

Artikel 1 statuiert die allgemeine Verpflichtung der Vertragsparteien, Maßnahmen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch schädliche Stoffe zu treffen. Hierunter fallen nicht nur diejenigen Substanzen, die die menschliche Gesundheit gefährden, die lebenden Schätze sowie die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres schädigen können, sondern auch solche, die die Annehmlichkeiten der Umwelt — das sind vor allem die Erholungsmöglichkeiten, die Meer und Strand bieten — beeinträchtigen oder sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeres — vor allem Schiffahrt, Fischerei, Meeresforschung und die Verlegung von Kabeln und Rohrleitungen — behindern können.

Zu Artikel 2

Das Übereinkommen regelt für die Region Nordostatlantik die Einbringung und Einleitung schädlicher Stoffe, soweit sie von Schiffen und Luftfahrzeugen aus erfolgen, umfassend und einheitlich für die Hohe See und das Küstenmeer. Artikel 2 gibt eine genaue, Ostsee und Mittelmeer von der Anwendung der Bestimmungen ausschließende Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs.

Zu Artikel 3

Die in dem Übereinkommen vorgesehenen Maßnahmen zur Verhinderung der Einbringung und Einleitung schädlicher Stoffe in das durch Artikel 2 abgegrenzte Meeresgebiet sollen nicht zu einer verstärkten Einbringung und Einleitung dieser Stoffe in andere Meeresteile führen. Daher schreibt Artikel 3 vor, die Kontrollmaßnahmen in der Weise anzuwenden, daß eine solche Entwicklung verhindert wird.

Zu Artikel 4

Mehrere hochindustrialisierte Staaten, deren Unternehmen bei der Produktion anfallende Schadstoffe im Meer versenken, sind Anliegerstaaten des durch Artikel 2 abgegrenzten Meeresgebietes. Der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, die Kontrollmaßnahmen unter den Anliegerstaaten abzustimmen, trägt Artikel 4 Rechnung, indem er die Harmonisierung der Genehmigungspraxis und den Erlaß einzelstaatlicher und gemeinsamer Verhütungsmaßnahmen vorschreibt. Diesem Zweck dient auch die nach Artikel 16 einzusetzende Kommission (vgl. Artikel 17).

Zu Artikel 5 bis 7

Der Vertragszweck, die Verhütung der durch Einbringung und Einleitung schädlicher Stoffe verur-

sachten Meeresverschmutzung, wird dadurch erreicht, daß der Umweltschädlichkeit der verschiedenen Stoffe angepaßte Maßnahmen getroffen werden. Hierzu werden sämtliche in Frage kommenden Stoffe in drei Gruppen eingeteilt.

Artikel 5 bestimmt, daß Stoffe der Anlage I überhaupt nicht in das Meer eingebracht oder eingeleitet werden dürfen.

Nach Artikel 6 dürfen Abfälle, die Stoffe der Anlage II in bedeutenden Mengen enthalten, nur noch mit einer besonderen Erlaubnis für jeden Einzelfall eingebracht oder eingeleitet werden. Die in Durchführung des Übereinkommens einzurichtende Kommission entscheidet, welche Mengen als bedeutend im Sinne dieser Vorschrift anzusehen sind. Die Erteilung der Sondererlaubnis ist an die Beachtung besonderer, in den Anlagen II und III aufgezählter Grundsätze gebunden.

Artikel 7 bestimmt, daß das Einbringen oder Einleiten aller übrigen Stoffe zwar genehmigungspflichtig, die Erlaubniserteilung aber in das Ermessen der Vertragsparteien gestellt ist. Hierbei sind die in Anlage III aufgezählten Kriterien zu beachten.

Zu Artikel 8

Für Seenotfälle und ähnliche Gefahrenlagen hebt Absatz 1 das Verbot des Artikel 5, Stoffe der Anlage I in das Meer zu versenken, auf und gestattet das Einbringen und Einleiten von Stoffen ohne die in den Artikeln 6 und 7 vorgeschriebene Erlaubnis. Die Kommission ist jedoch über Art und Menge der eingebrachten oder eingeleiteten Stoffe und die näheren Umstände der Einbringung oder Einleitung zu unterrichten.

Absatz 2 bestimmt, daß das Einbringungsverbot des Artikel 5 nicht für Stoffe gilt, die in Abfällen lediglich als Spurenverunreinigungen enthalten sind, ohne ihnen zum Zwecke der Einbringung oder Einleitung beigefügt worden zu sein. Für das Einbringen und Einleiten dieser Stoffe gelten jedoch die Bestimmungen der Artikel 6 und 7.

Zu Artikel 9

Ist in einer Notlage die Beseitigung von Stoffen der Anlage I an Land nicht vertretbar, kann eine Vertragspartei abweichend von Artikel 5 die Einbringung oder Einleitung in das Meer erlauben. Artikel 9 schreibt jedoch eine vorherige Konsultation der Kommission vor, damit diese Lagerungsmethoden oder die geeignetsten Vernichtungs- oder Beseitigungsmaßnahmen empfehlen kann. Über die auf Grund der Empfehlungen getroffenen Maßnahmen ist die Kommission zu unterrichten.

Darüber hinaus ist in Satz 4 die Verpflichtung der Vertragsparteien zur gegenseitigen Hilfeleistung in derartigen Notlagen festgelegt worden.

Zu Artikel 10

Artikel 10 verpflichtet die Vertragsparteien sicherzustellen, daß die zuständigen Behörden vor Erteilung einer Einbringungserlaubnis die Zusammensetzung der Abfälle nach Maßgabe der Anlage III ermitteln.

Zu Artikel 11

Die in Artikel 4 vorgesehene Harmonisierung der Genehmigungspraxis und der Erlaß gemeinsamer Maßnahmen zur Verhinderung der Meeresverschmutzung setzen die Kenntnis sämtlicher Einbringungserlaubnisse und durchgeführter Einbringungsvorhaben voraus. Artikel 11 schreibt daher vor, daß die Vertragsparteien entsprechende Unterlagen sammeln und der Kommission zuleiten.

Zu Artikel 12

Im Sinne einer umfassenden Bekämpfung der in Artikel 1 genannten Gefahren sieht Artikel 12 die Aufstellung einander ergänzender oder gemeinsamer Forschungsprogramme einschließlich solcher Vorhaben, die anderweitige Beseitigungsmethoden zum Gegenstand haben, und die gegenseitige Unterrichtung über dabei gewonnene Erkenntnisse vor. Hierbei soll die Tätigkeit geeigneter internationaler Organisationen und Einrichtungen berücksichtigt werden.

Zu Artikel 13

Artikel 13 schreibt vor, daß Verteilung und Auswirkungen von Verschmutzungsstoffen in dem vom Übereinkommen erfaßten Meeresgebiet durch einander ergänzende oder gemeinsame Programme, die in Zusammenarbeit mit geeigneten internationalen Organisationen oder Einrichtungen aufzustellen sind, überwacht werden.

Zu Artikel 14

Über den eigentlichen Gegenstand des Übereinkommens hinaus statuiert Artikel 14 eine Verpflichtung der Vertragsparteien, auf internationaler Ebene Maßnahmen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Öl und ölhaltige Abfälle, sonstige schädliche oder gefährliche Ladungen und radioaktive Stoffe zu fördern. Solche Maßnahmen sind Gegenstand anderer internationaler Übereinkommen, die von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert oder gezeichnet wurden.

Zu Artikel 15

Den beschränkten einzelstaatlichen Hoheitsbefugnissen auf der Hohen See Rechnung tragend, bestimmt Artikel 15, daß die Vertragsparteien die Einhaltung des Übereinkommens durch Schiffe und Luftfahrzeuge sicherstellen, die in ihrem Hoheitsgebiet registriert sind oder dort beladen werden oder vermutlich Abfälle in ihr Küstenmeer einbringen oder einleiten. Zur Verhütung und Bestrafung von Verstößen gegen das Übereinkommen haben die Vertragsparteien geeignete Maßnahmen in ihrem Hoheitsgebiet zu treffen. Darüber hinaus verpflichten sich die Vertragsparteien,

a) ihre Überwachungsfahrzeuge anzuweisen, Beobachtungen, die den Verdacht einer erfolgten oder bevorstehenden unerlaubten Einbringung oder Einleitung auf Hoher See begründen, den zuständigen Behörden zu melden;
b) einander erforderlichenfalls bei der Bekämpfung von Meeresverschmutzungen, die durch das Einbringen oder Einleiten von Abfällen verursacht worden sind, Beistand zu leisten;
c) gemeinsam Verfahren über die Zusammenarbeit bei der Anwendung des Übereinkommens, insbesondere auf der Hohen See, zu erarbeiten.

Die Maßnahmen finden jedoch keine Anwendung auf Schiffe, die völkerrechtliche Immunität genießen.

Zu Artikel 16 bis 18

Durch die nach Artikel 16 zu bildende Kommission werden Bekämpfungsmaßnahmen auf nationaler Ebene mit solchen auf internationaler Ebene koordiniert. Die aus Vertretern aller Vertragsparteien bestehende Kommission hat außer der allgemeinen Aufsicht über die Durchführung des Übereinkommens vor allem die Aufgabe, die in den Anlagen enthaltenen Listen auf dem laufenden zu halten und Änderungen, Zusätze und Streichungen zu empfehlen. Für derartige Änderungen sind ein einstimmiger Beschluß der Kommission und die Zustimmung der Regierungen aller Vertragsparteien erforderlich (Artikel 18 Abs. 2). Darüber hinaus weist Artikel 17 der Kommission unter anderem die Entgegennahme und Prüfung der Unterlagen über Einbringungserlaubnisse und durchgeführte Einbringungsvorhaben, die Überwachung des Meerwassers im Anwendungsbereich des Übereinkommens und die Überwachung der Wirksamkeit der Kontrollmaßnahmen sowie die allgemeine Prüfung der Notwendigkeit zusätzlicher Maßnahmen zu.

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben verfährt die Kommission nach einer einstimmig zu beschließenden Geschäftsordnung (Artikel 18 Abs. 1).

Zu Artikel 19

Artikel 19 enthält Begriffsbestimmungen.

Die Begriffsbestimmung „Einbringen" umfaßt sowohl das Einbringen fester Stoffe als auch das Einleiten flüssiger oder gasförmiger Stoffe im Sinne der Terminologie des deutschen Wasserhaushaltsrechts. Sie schließt Einbringungen und Einleitungen, die mit dem normalen Betrieb oder der Ausrüstung der Fahrzeuge zusammenhängen, und grundsätzlich auch Einbringungen, die einem anderen Zweck als der bloßen Beseitigung dienen, aus.

Die Begriffsbestimmung „Schiffe und Luftfahrzeuge" bezieht Luftkissenfahrzeuge, schwimmendes Gerät mit oder ohne Eigenantrieb und feste oder schwimmende Plattformen ein.

Zu Artikel 20 bis 27

Die Artikel 20 bis 27 enthalten die üblichen Bestimmungen über Unterzeichnung, Ratifikation und Beitritt, Inkrafttreten, Kündigung, Änderung und Hinterlegung.

2. Anlagen

Anlage I enthält eine Aufstellung von besonders umweltschädigenden Stoffen, deren Einbringung oder Einleitung in das Meer nach Artikel 5 verboten ist.

Anlage II zählt mit besonderer Sorgfalt zu behandelnde Stoffe und Gegenstände auf, die nach Artikel 6 nur mit einer besonderen Erlaubnis für jeden Einzelfall eingebracht oder eingeleitet werden dürfen und nennt Kriterien, die bei der Erteilung dieser Erlaubnis zu beachten sind.

Anlage III legt fest, welche Gesichtspunkte bei allen Erlaubnissen zu beachten sind.

B. London-Übereinkommen vom 29. Dezember 1972

Das am 30. August 1975 völkerrechtlich in Kraft getretene Übereinkommen ist in seinem wesentlichen Inhalt dem Oslo-Übereinkommen nachgebildet, unterscheidet sich jedoch von diesem hinsichtlich einzelner Regelungen. Es gliedert sich in 22 Artikel, von denen die Artikel I bis XIII die sachlichen Vorschriften, Artikel XIV Organisations- und Verfahrensvorschriften, Artikel XV Vorschriften über die Änderung des Übereinkommens und die Artikel XVI bis XXII die Schlußklauseln enthalten. Bestandteil des Übereinkommens sind ferner drei Anlagen (vgl. Artikel IV). Die Anlagen enthalten eine Aufstellung der Stoffe, die überhaupt nicht (Anlage I) oder nur mit einer vorherigen Sondererlaubnis (Anlage II) in das Meer eingebracht oder eingeleitet werden dürfen, und der Kriterien, die bei der Erteilung von Einbringungserlaubnissen zu beachten sind (Anlage III). Ein technisches Memorandum enthält eine Übergangsregelung für das Einbringen bestimmter Stoffe.

1. Übereinkommen

Zu Artikel I

Artikel I verpflichtet die Vertragsparteien, einzeln und gemeinsam die Überwachung aller Ursachen der Meeresverschmutzung zu fördern, insbesondere alle geeigneten Maßnahmen gegen eine Verschmutzung durch das Einbringen und Einleiten von schädlichen Abfällen und Stoffen zu treffen. In Anlehnung an Artikel 1 des Oslo-Übereinkommens fallen hierunter außer Stoffen, die die menschliche Gesundheit gefährden oder die lebenden Schätze sowie die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres schädigen können, auch solche, die die Annehmlichkeiten der Umwelt beeinträchtigen oder sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeres behindern können.

Zu Artikel II

Artikel II bestimmt, daß die Vertragsparteien die sich aus dem Übereinkommen ergebenden Verpflichtungen durch einzelstaatliche Maßnahmen entsprechend ihren wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und durch gemeinsame Maßnahmen erfüllen und ihre Einbringungspraxis aufeinander abstimmen.

Zu Artikel III

Artikel III enthält Begriffsbestimmungen.

Die Begriffsbestimmung „Einbringen" umfaßt Einbringungen und Einleitungen, die durch Schiffe oder Luftfahrzeuge, Plattformen oder andere auf See errichtete Bauwerke oder durch deren Versenkung im Meer erfolgen. Sie schließt Einbringungen, die mit dem normalen Betrieb oder der Ausrüstung der Fahrzeuge zusammenhängen, sofern die Fahrzeuge nicht zur Beseitigung dieser Stoffe betrieben werden (z. B. Verbrennungsschiffe), aus. Auch Einbringungen, die einem anderen Zweck als der bloßen Beseitigung dienen, sind grundsätzlich ausgenommen. Ebenso werden nicht erfaßt das Einbringen und Einleiten von Stoffen, die von der Erforschung oder Ausbeutung mineralischer Rohstoffvorkommen des Meeresbodens oder der damit zusammenhängenden Verarbeitung auf See herrühren.

Die Begriffsbestimmung „Schiffe und Luftfahrzeuge" bezieht Luftkissenfahrzeuge und schwimmendes Gerät mit oder ohne Eigenantrieb ein.

Die Begriffsbestimmung „Meer" bzw. „See" umfaßt außer der Hohen See auch das Küstenmeer.

Zu Artikel IV

Nach dem Vorbild des Oslo-Übereinkommens (Artikel 5 bis 7) teilt Artikel IV die einzubringenden Stoffe in drei Gruppen ein, für die unterschiedliche Regelungen getroffen werden.

Stoffe der Anlage I dürfen nicht in das Meer eingebracht oder eingeleitet werden.

Für das Einbringen oder Einleiten von Stoffen der Anlage II ist eine Sondererlaubnis erforderlich. Hierunter ist nach der Begriffsbestimmung des Artikel III Absatz 5 eine Erlaubnis zu verstehen, die auf einen im voraus gestellten Antrag für einen Einzelfall nach Maßgabe der Anlagen II und III erteilt wird.

Das Einbringen oder Einleiten aller sonstigen Stoffe bedarf ebenfalls einer vorherigen Erlaubnis. Bei deren Erteilung sind die Kriterien der Anlage III zu beachten.

Zu Artikel V

Absatz 1 übernimmt mit unwesentlichen Abweichungen die Regelung des Artikel 8 Absatz 1 des Oslo-Übereinkommens für das Einbringen und Einleiten von Stoffen in Seenotfällen und ähnlichen Gefahrenlagen.

Absatz 2 entspricht Artikel 9 des Oslo-Übereinkommens. Da das London-Übereinkommen aber nicht wie das erstgenannte Übereinkommen die Einsetzung einer ständigen Kommission vorsieht, werden die Vertragsparteien verpflichtet, vor Erteilung einer Einbringungserlaubnis für Stoffe der Anlage I alle Staaten, die hiervon betroffen werden könnten, und die von den Vertragsparteien nach Artikel XIV Absatz 2 bezeichnete Organisation zu konsultieren. Die von der Organisation zu erteilenden Empfehlungen für das geeignetste Vorgehen sind von der Vertragspartei im Rahmen des zeitlich und zur Vermeidung von Schädigungen der Meeresumwelt Möglichen zu befolgen.

Zu Artikel VI

Absatz 1 bestimmt, daß die Vertragsparteien die für die Erteilung von Einbringungserlaubnissen, die Sammlung von Unterlagen über durchgeführte Einbringungsvorhaben und die Überwachung des Meerwassers für die Zwecke des Übereinkommens zuständigen Behörden bezeichnen.

Nach Absatz 2 erteilen die zuständigen Behörden der Vertragsparteien Einbringungserlaubnisse für Stoffe, die zum Zwecke der Einbringung oder Einleitung ins Meer in ihrem Hoheitsgebiet geladen werden oder von Schiffen ihrer Staatszugehörigkeit im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates geladen werden.

Absatz 4 entspricht Artikel 11 des Oslo-Übereinkommens. Die Unterlagen und Informationen sind der von den Vertragsparteien bezeichneten Organisation zu übermitteln.

Zu Artikel VII

Artikel VII übernimmt im wesentlichen die Regelung von Artikel 15 des Oslo-Übereinkommens.

Zu Artikel VIII

Artikel VIII fordert dazu auf, daß regionale Vereinbarungen geschlossen werden, die hinsichtlich der Einbringung und Einleitung von schädlichen Stoffen den besonderen Bedingungen bestimmter Meeresgebiete Rechnung tragen. Die übrigen Vertragsparteien sollen sich bemühen, die Regelungen dieser Vereinbarungen ebenfalls zu befolgen.

Zu Artikel IX

Artikel IX bestimmt, daß die Vertragsparteien die Maßnahmen derjenigen Vertragsparteien fördern, die zur Ausbildung von Fachkräften, Ausstattung mit den nötigen Forschungs- und Überwachungsgeräten und -einrichtungen sowie Beseitigung und Behandlung von Abfällen um Unterstützung nachsuchen.

Zu Artikel X

Artikel X verpflichtet die Vertragsparteien, in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Grundsätzen über die Haftung von Staaten für Umweltschäden anderer Staaten Verfahren zur Feststellung der Haftung und zur Beilegung von Streitigkeiten über die Einbringung oder Einleitung von Abfällen zu entwickeln.

Zu Artikel XI

Artikel XI bestimmt, daß die Vertragsparteien Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung des Übereinkommens prüfen.

Zu Artikel XII

Artikel XII entspricht im wesentlichen Artikel 14 des Oslo-Übereinkommens. Er sieht darüber hinaus vor, daß Maßnahmen zur Verhinderung der Meeresverschmutzung durch chemische und biologische Kampfstoffe und durch Abfälle, die beim Betrieb von Schiffen, Luftfahrzeugen und Anlagen auf See entstehen oder von der Erforschung, Ausbeutung und Verarbeitung von mineralischen Vorkommen des Meeresbodens auf See herrühren, getroffen werden und Signale festgelegt werden, die von Schiffen während des Einbringens oder Einleitens von Abfällen zu setzen sind.

Zu Artikel XIII

Artikel XIII stellt klar, daß das Übereinkommen die von den Vereinten Nationen einberufene Dritte Seerechtskonferenz und die Ansprüche und Rechtsauffassungen der Vertragsparteien hinsichtlich des Seerechts und der Hoheitsgewalt des Küsten- und Flaggenstaates nicht präjudiziert, und sieht vor, daß nach der Seerechtskonferenz, spätestens aber 1976 darüber beraten werden soll, wie die Rechte und Pflichten des Küstenstaates zur Anwendung des Übereinkommens in einer an seine Küste angrenzenden Zone zu bestimmen sind.

Zu Artikel XIV

Im Gegensatz zum Oslo-Übereinkommen ist die Einsetzung einer aus Vertretern der Vertragsparteien bestehenden ständigen Kommission nicht vorgesehen. Vielmehr bestimmt Artikel XIV, daß eine bestehende internationale Organisation mit der Wahrnehmung von Sekretariatsaufgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung und Weiterentwicklung des Übereinkommens betraut werden soll, und legt die Aufgaben im einzelnen fest. Bis zur Entscheidung darüber, welcher Organisation die Sekretariatsaufgaben übertragen werden sollen, werden sie von der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland als Verwahrer des Übereinkommens wahrgenommen.

Artikel XIV bestimmt weiter, daß die Vertragsparteien in regelmäßigen Beratungen und auf Sondersitzungen laufend die Durchführung des Übereinkommens überwachen und vor allem Änderungen des Übereinkommens und seiner Anlagen beschließen. Darüber hinaus weist Artikel XIV diesen Beratungen u. a. die Aufgabe zu, wissenschaftliche Einrichtungen bei der Durchführung des Übereinkommens als Berater zu beteiligen, die Meldungen der Vertragsparteien über durchgeführte Einbringungsvorhaben zu sammeln und zu prüfen, sowie Verfahren für das Vorgehen in den Notlagen des Artikel V Absatz 2 zu entwickeln und entsprechende Empfehlungen auszusprechen.

Zu Artikel XV

Artikel XV legt die Bedingungen fest, unter denen das Übereinkommen und seine Anlagen geändert werden können.

Für eine Änderung des Übereinkommens ist nach Absatz 1 ein Beschluß der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Vertragsparteien ausreichend. Die Änderung tritt jedoch erst in Kraft, wenn zwei Drittel der Vertragsparteien Annahmeerklärungen bei der Organisation hinterlegt haben, und auch nur für diese Vertragsparteien.

Die Änderung der Anlagen erfordert nach Absatz 2 ebenfalls einen Beschluß der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Vertragsparteien. Ihr Inkrafttreten wird jedoch dadurch erleichtert, daß diese Wirkung für jede Vertragspartei sofort mit Abgabe der Annahmeerklärung eintritt, und auch für die übrigen Vertragsparteien, sofern sie nicht innerhalb einer Frist von 100 Tagen durch Erklärung gegenüber der Organisation die Annahme verweigern.

Zu Artikel XVI bis XXII

Die Artikel XVI bis XXII enthalten die üblichen Bestimmungen über Unterzeichnung, Ratifikation und Beitritt, Inkrafttreten, Kündigung und Hinterlegung.

2. Anlagen

In Anlage I sind die Stoffe aufgeführt, die nach Artikel IV Absatz 1 Buchstabe a) nicht in das Meer eingebracht oder eingeleitet werden dürfen. Nach Ziffer 9 gilt das Einbringungsverbot nicht, wenn bestimmte Stoffe in Abfällen oder anderen Stoffen nur als Spurenverunreinigungen enthalten sind.

Anlage II enthält eine Aufstellung von Stoffen, die mit besonderer Sorgfalt zu behandeln sind und daher nach Artikel IV Absatz 1 Buchstabe b) nur mit einer Sondererlaubnis eingebracht oder eingeleitet werden dürfen, und nennt Kriterien, die bei der Erlaubniserteilung zu beachten sind.

Anlage III zählt Gesichtspunkte auf, die bei allen Erlaubnissen berücksichtigt werden sollen.

3. Technisches Memorandum

Das von der diplomatischen Konferenz angenommene technische Memorandum bestimmt, daß Abfälle, die organische Quecksilber- und Cadmiumverbindungen enthalten, unter besonderen Vorkehrungen für eine Übergangszeit von 5 Jahren nach Inkrafttreten des Übereinkommens in das Meer eingebracht werden dürfen.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

1. **Eingangsworte**

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:"

Begründung

Das Vertragsgesetz trifft in den Artikeln 6 und 7 Regelungen des Verwaltungsverfahrens im Sinne von Artikel 84 Abs. 1 GG. Das Erlaubnisverfahren kann insbesondere ohne Mitwirkung der zuständigen Landesbehörden nicht sachgerecht durchgeführt werden. Regelungen des Verwaltungsverfahrens können auch durch Bestimmungen über das Zusammenwirken von Behörden getroffen werden.

Nach Artikel 7 Abs. 1 können Änderungen der Anlagen zu den Abkommen durch Rechtsverordnung in innerstaatliches Recht transformiert werden. Abgesehen davon, daß damit auch schon in diesen Anlagen enthaltene Verfahrensregelungen geändert werden können, könnten auch neue Verfahrensvorschriften eingefügt werden. Da sich bereits seit dem Jahre 1974 die auf Grund des Abkommens vom 15. Februar 1972 geschaffene Kommission mit Verfahrensregelungen befaßt, (z. B. Bescheidsmuster) sind solche Änderungen der Anlagen auch nicht auszuschließen (Artikel 84 Abs. 1 GG).

Artikel 7 Abs. 2 Nr. 1 Buchstaben d und e enthält eine Ermächtigung, durch Rechtsverordnung Verfahrensregelungen zu treffen. Da diese Regelungen wohl auch das Verfahren über das Zusammenwirken von Bundes- und Landesbehörden zu regeln haben werden, ist die Zustimmungsbedürftigkeit des Gesetzes nach Artikel 84 Abs. 1 GG gegeben.

2. **Artikel 2**

In Absatz 1 Nr. 2 sind nach den Worten „dieses Gesetzes" die Worte „mit den einzubringenden oder einzuleitenden Stoffen" einzufügen.

Begründung

In den beiden Übereinkommen wird deren Geltungsbereich außer auf eigene Schiffe und Luftfahrzeuge auf solche Schiffe und Luftfahrzeuge erstreckt, die unter fremder Flagge fahren, jedoch im Gebiet des betreffenden Vertragsstaates mit den Abfallstoffen beladen werden. Diese Einschränkung wird in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs nicht eindeutig ausgesprochen. Vielmehr könnte nach der bisherigen Formulierung angenommen werden, daß auch fremde Schiffe gemeint sind, die die Abfallstoffe bereits an Bord hatten, in einem deutschen Hafen aber noch mit anderer Ladung beladen worden sind. Da dieses nicht Ziel des Gesetzentwurfs ist, bedarf es der vorgeschlagenen Klarstellung.

3. **Artikel 6**

Absatz 1 ist wie folgt zu fassen:

„(1) Für die Entscheidung über die Erteilung von Erlaubnissen nach Artikel 2 ist das Deutsche Hydrographische Institut zuständig. Vor der Entscheidung hört es die für die Küstengewässer zuständigen Behörden der Länder. Zur Feststellung, ob die Voraussetzungen des Artikels 2 Abs. 2 Nr. 1 vorliegen, holt es eine Stellungnahme des Umweltbundesamtes und der zuständigen Landesbehörde ein, in deren Bereich die Stoffe angefallen sind. Ergibt sich, daß die Stoffe in einem anderen Land beseitigt werden könnten, ist eine Bestätigung der zuständigen Behörde dieses Landes einzuholen. Das Deutsche Hydrographische Institut kann die zur Durchführung der ihm nach Satz 1 übertragenen Aufgaben erforderlichen Maßnahmen treffen und ihre Einhaltung überwachen."

Begründung

Durch das Einbringen von Abfällen in das Meer werden die Interessen der Küstenländer unmittelbar berührt. Ihre Anhörung und Beteiligung an der Entscheidung des Deutschen Hydrographischen Instituts sind daher erforderlich. Die Entscheidung nach Satz 3 kann sinnvollerweise nur einvernehmlich mit den zuständigen Landesbehörden ergehen, um gegensätzliche Entscheidungen im Erlaubnisverfahren nach Artikel 6 und den erforderlich werdenden abfallrechtlichen Genehmigungsverfahren zu vermeiden.

4. **Artikel 7**

a) In Absatz 1 und Absatz 2 sind jeweils nach dem Wort „Rechtsverordnung" die Worte „mit Zustimmung des Bundesrates" einzufügen.

Begründung

Beide Verordnungsermächtigungen berechtigen zur Einführung oder Änderung von Verfahrensregelungen für Landesbehörden zu einem Gesetz, das auch von den Ländern auszuführen ist (Artikel 80 Abs. 2 GG). Auf ein Mitwirken des Bundesrates kann deshalb nicht verzichtet werden.

b) Die Bundesregierung wird gebeten, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob die in Artikel 7 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe d des Gesetzentwurfs vorgesehene Ermächtigung zur Regelung des Verfahrens bei der Durchführung des Gesetzes im Hinblick auf das Konkretisierungsgebot des Artikels 80 Abs. 1 Satz 2 GG näher präzisiert werden kann.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Zu 1. (Eingangsformel)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Die Auffassung, daß das Gesetz der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wird nicht geteilt.

Das Gesetz trifft in den Artikeln 6 und 7 keine Regelung des Verwaltungsverfahrens der Länder im Sinne von Artikel 84 Abs. 1 GG. Abgesehen von Artikel 7 Abs. 1 gelten die materiell-rechtlichen Vorschriften der Artikel 2 bis 12 nur für das Einbringen und Einleiten von Stoffen in die Hohe See. Für die Erteilung der in Artikel 2 vorgeschriebenen Einbringungserlaubnis ist gemäß Artikel 6 das Deutsche Hydrographische Institut zuständig. Artikel 6 und die nach Artikel 7 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe d zu erlassende Rechtsverordnung regeln daher nur das von einer Bundesbehörde zu befolgende Verwaltungsverfahren. Auch eine Regelung, die die Bundesbehörde verpflichten würde, ihre Entscheidungen im Benehmen mit den zuständigen Landesbehörden zu treffen, würde nur das Verfahren dieser Bundesbehörde, nicht aber das Verwaltungsverfahren der Länder regeln.

Rechtsverordnungen nach Artikel 7 Abs. 1 können sich zwar auch auf die Küstengewässer beziehen; Artikel 7 Abs. 1 enthält aber keine Ermächtigung zur Regelung des Verwaltungsverfahrens von Landesbehörden. Die Rechtsverordnungen auf Grund von Artikel 7 Abs. 1 setzen die Änderungen der Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft.

Da jedoch die Änderungen, wie die Übereinkommen selbst, zunächst nur Staatenverpflichtungen begründen, ist, sofern die Änderungen nicht bereits auf der Grundlage des geltenden innerstaatlichen Rechts vollzogen werden können, der Erlaß zusätzlicher innerstaatlicher Vorschriften außerhalb der Ermächtigungsgrundlage des Artikels 7 Abs. 1 erforderlich. Im übrigen finden sich in den Anlagen bisher keine Bestimmungen, die sich auf das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden beziehen. Es ist auch nicht abzusehen, daß zukünftige Änderungen zusätzlich zu oder abweichend von den bereits bestehenden innerstaatlichen Vorschriften eine Regelung des Verwaltungsverfahrens von Landesbehörden erforderlich machen könnten.

Auch die verfahrensrechtlichen Regelungen des Übereinkommens selbst greifen nicht im Sinne des Artikels 84 Abs. 1 GG in das Verwaltungsverfahren der Länder ein. Die Übereinkommen begründen lediglich Staatenverpflichtungen, sind also nicht „self executing". Mit der Ratifikation der Übereinkommen werden daher die in ihnen enthaltenen Regelungen nicht automatisch zum Bestandteil des innerstaatlichen Rechts. Vielmehr müssen zur Ausführung der Übereinkommen gesetzliche Regelungen getroffen werden. Das vorliegende Gesetz muß solche Regelungen jedoch nur für den der Verwaltungszuständigkeit des Bundes unterliegenden Bereich der Hohen See vorsehen (Artikel 2 bis 12). Soweit die Übereinkommen von den Ländern auszuführen sind, d. h. in den Küstengewässern der Bundesrepublik Deutschland, sind bereits innerstaatliche Regelungen in Kraft, die keiner Änderung bedürfen. Sollte sich in Zukunft auf Grund von Änderungen der Übereinkommen ergeben, daß diese Vorschriften in einer das Verwaltungsverfahren der Länder regelnden Weise geändert werden müssen, wird zwar für die Änderung dieser Vorschriften die Zustimmung des Bundesrates erforderlich sein. Daraus folgt aber nicht die Zustimmungsbedürftigkeit auch des vorliegenden Gesetzentwurfs.

Zu 2. (Artikel 2 Abs. 1 Nr. 2)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 3. (Artikel 6 Abs. 1)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

a) Es ist nicht richtig, daß durch das Einbringen und Einleiten von Stoffen in die Hohe See in jedem Falle die Interessen der Küstenländer berührt werden. Das Übereinkommen von Oslo zum Beispiel schreibt vor, daß bestimmte Abfälle in Wassertiefen von mindestens 2 000 m und in mindestens 150 Seemeilen Entfernung von der Küste einzubringen sind. Solche Einbringungsvorhaben können mangels ausreichender Wassertiefe in der Nord- oder Ostsee, wo Interessen der Küstenländer berührt sein könnten, nicht durchgeführt werden.

   Es wäre daher sachlich nicht gerechtfertigt und würde lediglich zu unnötigen Verwaltungsaufwand führen, wenn — wie vorgeschlagen — bei der Entscheidung über Einbringungsanträge generell die Anhörung der Behörden der Küstenländer vorgeschrieben würde. Aus dieser Erwägung hat auch das Wasserhaushaltsgesetz für die die Küstengewässer betreffenden Vorschriften der gleichen Materie keine institutionalisierte Beteiligung der zuständigen Bundesbehörden bei Entscheidungen der Landesbehörden über Versenkungsanträge vorgesehen. Es wäre daher eine differenzierende Regelung der Beteiligung der Küstenländer erforderlich. Diese kann erforderlichenfalls in der neuen, nach Artikel 7 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe d zu erlassenden Rechtsverordnung erfolgen.

b) Länderinteressen können vor allem berührt sein, wenn es darum geht, Abfälle, die in einem bestimmten Bundesland angefallen sind, zweckmäßigerweise dort auch zu beseitigen. Dem trägt Artikel 2 Abs. 2 Nr. 1 Rechnung, der über die Verpflichtungen der Übereinkommen hinaus vorschreibt, daß Stoffe, die ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit und ohne unver-

hältnismäßig hohen Aufwand an Land beseitigt werden können, nicht in die Hohe See eingebracht oder eingeleitet werden dürfen. Für die Entscheidung der Frage, ob eine solche Beseitigungsmöglichkeit besteht, ist mangels erforderlicher Sachkunde des nur mit Fragen der Reinhaltung des Meeres befaßten Deutschen Hydrographischen Instituts die Einholung einer Stellungnahme des Umweltbundesamtes vorgeschrieben. Die Regelung schließt jedoch nicht aus, daß bei Zweifelsfragen, Meinungsverschiedenheiten oder in besonders dringenden Fällen auch die zuständigen Landesbehörden beteiligt werden. Die Beteiligung des Umweltbundesamtes ist eine notwendige, aber keine ausschließliche. Das ergibt sich schon daraus, daß das Gesetz die Verwaltungshoheit der Länder auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung unberührt läßt.

Die Beteiligung von Landesbehörden wird hier jedoch die Ausnahme bilden; denn in vielen Fällen werden Länderinteressen nicht berührt. Das gilt insbesondere für die in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 geregelten Fälle, in denen die Erlaubniserteilung durch das Deutsche Hydrographische Institut nur deshalb vorgeschrieben ist, weil das Einbringen oder Einleiten durch Schiffe oder Luftfahrzeuge erfolgen soll, die berechtigt sind, die Bundesflagge oder das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen. Hierbei kann es sich auch um die Versenkung von Abfällen handeln, die außerhalb des Bundesgebietes angefallen sind und in einem ausländischen Hafen geladen werden sollen. Eine Beteiligung bestimmter Landesbehörden würde hier lediglich zu unnötigem Verwaltungsaufwand und ungerechtfertigten Verzögerungen bei der Bearbeitung von Einbringungsanträgen führen.

Zur Wahrung berechtigter Länderinteressen kann auch für diesen Fragenkomplex in der nach Artikel 7 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe d zu erlassenden Rechtsverordnung das Umweltbundesamt (in Fällen des Artikels 2 Abs. 2 Nr. 1) bzw. das Deutsche Hydrographische Institut (in Fällen des Artikels 2 Abs. 2 Nr. 2) verpflichtet werden, die zuständigen Landesbehörden zu beteiligen.

Zu 4. (Artikel 7 Abs. 1 und 2)

Zu a)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Die Auffassung, daß die nach Artikel 7 zu erlassenden Rechtsverordnungen der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, wird nicht geteilt.

Ein Tatbestand, der nach Artikel 80 Abs. 2 GG die Zustimmungsbedürftigkeit auslösen könnte, liegt hier nicht vor. Das Vertragsgesetz bedarf, wie zu 1. dargelegt ist, nicht der Zustimmung des Bundesrates. Das vorliegende Gesetz wird auch nicht von den Ländern als eigene Angelegenheit oder im Auftrage des Bundes ausgeführt. Die Übereinkommen und zukünftigen Änderungen, die nach Artikel 7 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt werden, begründen nur Staatenverpflichtungen. Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen enthält das vorliegende Gesetz nur für den Bereich der Hohen See; die innerstaatlichen Vorschriften zu der den Ländern obliegenden Ausführung der Übereinkommen und ihrer Änderungen im Bereich der Küstengewässer sind in anderen gesetzlichen Regelungen enthalten und werden durch die vorliegende Ermächtigung nicht berührt.

Die vorgesehene Verfahrensregelung des Artikel 7 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe d berechtigt nicht zur Einführung oder Änderung von Verfahrensregelungen für Landesbehörden zu einem Gesetz, das von den Ländern auszuführen ist. Die Formulierung „Verfahren bei der Durchführung dieses Gesetzes" bezieht sich ausschließlich auf die materiell-rechtlichen Vorschriften des Gesetzes, d. h. auf das Einbringen und Einleiten von Stoffen in die Hohe See. Insoweit ist das Gesetz nur von Bundesbehörden auszuführen.

Zu b)

Der Vorschlag wird geprüft.